

Danziger Zeitung

Beitung

Nr. 15745.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterbagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Querblatt 4,50 Kr., durch die Post bezahlt 5 Kr. — Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Telegramme der Danziger Btg.

Wiesbaden, 15. März. (W. T.) In vergangener Nacht 12 Uhr 28 Min. wurde hier ein heftiger Frost vorherrschte.

Wien, 15. März. (W. T.) Der Handelsminister Baron v. Bino hat, wegen Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Ministeriums über seine Verordnung vom 26. Februar 1886 betreffend den Wirkungskreis des Postsparkassens amts seine Entlassung eingereicht. (Endlich)

New York, 15. März. Der Canal-dampfer "Oregon" ist gestern Nachmittag in der Nähe von Fire Island in Folge eines Zusammenstoßes mit einem anderen Schiffe untergegangen. Alle Passagiere wurden gerettet und befinden sich an Bord des norddeutschen Dampfers "Fulda".

Telegraphische Nachrichten der Danz. Btg.

Karlsruhe, 14. März. Über das Befinden des Erbgroßherzogs wird bekanntgegeben, daß das Fieber heute noch etwas geringer ist als gestern, und daß auch im Uebrigen der erwünschte Verlauf der letzten Tage anhält.

London, 14. März. In South Shields fand heute eine Demonstration von Matrosen gegen die Aufführung von Ausländern auf englischen Fahrzeugen statt. Später wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten und eine Resolution angenommen, welche gegen die Beschäftigung einer großen Anzahl fremder Matrosen protestirt, während englische Matrosen arbeitslos seien.

Petersburg, 14. März. Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern nach Gatchina überfiedelt.

Politische Übersicht.

Danzig, 15. März.

Nach der Ablehnung des Monopols.

Die Fortsetzung der Arbeiten der Monopolcommission des Reichstags, welche morgen die nächste Sitzung hat, sollte zweifellos nur eine formale sein; denn das Monopol ist mit der Ablehnung der beiden ersten Paragraphen vollständig befeistigt; aber es wird vielleicht noch einmal von der sogenannten Mittelpartei der Verlust gemacht werden, zu irgend einem positiven Ergebnis zu kommen. Dieses Bedürfnis nach etwas "Positivem", das jetzt vielfach grässt, ist einigermaßen französisch und einem solchen Project gegenüber, wie es das Brantweinmonopol ist, am wenigsten angebracht. Auch der deutsche Handelsstag hat sich verpflichtet gefühlt, diesem Bedürfnis einen Ausdruck durch eine im Grunde doch sehr nichtssagende Resolution zu geben. Die Herren haben es leicht, Resolutionen zu beschließen, welche erheblich höhere Träger aus dem Brantwein verlangen, wenn sie sich der Mühe überhoben glauben, zu sagen, auf welchem Wege. Gerade von Seiten des deutschen Handelsstandes hätte man Bedenken tragen sollen, sich in dieser Situation und angesichts der fortgezogenen Beurtheilung großer Industriezweige zu solchen "positiven" Leistungen zu verstellen. Man kennt doch dort am besten die Hindernisse, welche einer rationalen Brantweinbesteuerung immer noch entgegenstehen.

In der Commission des Reichstags wird es aber, wie wir wiederholt vorausgesagt haben, zu einer Verständigung über eine andere Brantweinsteuer nicht kommen, so sehr dies auch Nationalliberale und Conservative wünschten und noch wünschen. Nicht einmal die preußische Regierung kann sich dafür begeistern. Sie antwortete den Herren: Hier ist das Monopol! hic Rhodus, hic salta! Was soll auch bei solchen Resolutionen herauskommen?

Die preußische Regierung wird voraussichtlich die Mittelparteien auf einem Gebiet auf die Probe stellen, wo sie das Terrain unbestritten allein beherrschen: im preußischen Landtag. Es wird auf das bestimmteste verichert, daß der Entwurf einer Lizenzen, wie ihn der Herr Reichskanzler im preußischen Abgeordnetenhaus angekündigt hat, ziemlich fertig sei und noch in dieser Session eingebrochen werden soll. Wir sind sehr gespannt auf den Erfolg der Vorlage.

Das Interesse der Regierungen, den Reichstag noch sehr lange zusammen zu halten, ist ein geringes. Es wird aller Wahrscheinlichkeit, wenn das Socialistengesetz, das Petitionsgezetz und die kleineren Sachen erledigt sind, geschlossen werden. Die Fertigstellung des Unfallversicherungsgesetzes für die ländlichen Arbeiter scheint für diesmal aufzugehen zu sein. Dagegen hat der Landtag, der die preußische Regierung viel mehr befriedigt, noch viel zu thun. Seiner waren auch noch weitere Aufgaben und voraussichtlich wird die gegenwärtige Session nicht vor Ostern zum Abschluß gebracht werden können.

Die Zoll-Anträge der Freiheitlichen.

Nach den im Reichstage am Sonnabend abgegebenen Erklärungen des Staatssekretärs von Burchard dürfte der Gesetzentwurf, welcher durch eine Declaration des Zolltarifgesetzes den vom Bundesrat beschlossenen Petroleumfazilität wieder befestigen soll, ein Monolog des Reichstags bleiben. Herr von Burchard machte sich die Taktik der Antragsteller, welche einen Erfolg um so sicherer zu erzielen hofften, wenn sie ein direcetes Tadelsvotum gegen den Bundesratsbeschluss verhindern, infolge zu Nutze, als er aus dem Umstande, daß eine Änderung des Zolltarifgesetzes beantragt werde, den Schlüß zog, daß der Reichstag die Verfassungsmäßigkeit des Bundesratsbeschlusses nicht bestreite, woraus denn folgt, daß der Bundesrat in seinem Recht ist, wenn er auf seinem Beschuß beharrt und den Antrag des Reichstags ablehnt.

Was den Antrag Ausfeld, die Zulassung des Rechtsweges in Zollstreitigkeiten, betrifft, so ist bekanntlich die Commission sich mit einer Resolution begnügt, welche die

Frage offen läßt, ob die Entscheidung durch die ordentlichen Gerichte oder durch Verwaltungsgerichte erfolgen solle. Den Anlaß zu diesem Beschuß der Commission hat eine Erklärung des Regierungscommisars gegeben, wonach der Bundesrat durch Eingaben von Handelskammern veranlaßt sei, diese Frage einer besonderen Prüfung zu unterwerfen. In der vorigestrichen Plenarberatung aber erklärte Staatssekretär von Burchard rundweg, die Regierung müsse sich durchaus gegen die Zulassung des Rechtswegs erkläre, dadurch würde nur eine Verschiebung der Grenze zwischen Justiz und Verwaltung herbeigeführt werden. Dagegen stellte der Staatssekretär die Zustimmung der Regierung zu einem Antrag Gerlich (Reichspartei) in Aussicht, welcher erfuhr, behufs einheitlicher und bequemlicher Entscheidung von Tarifstreitigkeiten die Errichtung eines Reichszolltarifamts in Erwägung zu ziehen. Dieser Antrag aber, den der Antragsteller zu motivieren vergaß, wurde abgelehnt und die Resolution der Commission angenommen. Das Reichszolltarifamt würde selbstverständlich den Beschwerden, durch welche der Antrag Ausfeld herborgerufen worden ist, in keiner Weise abhelfen, sondern nur auf dem Verwaltungswege eine raschere und allerdings einheitliche Entscheidung der Fragen über die Auslegung und Anwendung des Zolltariffs herbeiführen, als solche zur Zeit durch die Landessollbehörden erfolgt.

Im Interesse unseres Handels wäre es dringend zu wünschen, daß die Regierung diese ablehnende Haltung gegenüber den freisinnigen Anträgen, deren Berechtigung das Parlament anerkannt hat, aufzugeben möchte.

Socialistengesetz und Auflösung.

Bisher galt es bekanntlich als zweifellos, daß die Annahme des Socialistengesetzes mit den Abschwächungsanträgen des Hrn. Windthorst ebenso wie die Ablehnung des Gesetzes überhaupt den Reichskanzler veranlassen würde, beim Bundesrat den Antrag auf Auflösung des Reichstages zu stellen. Von nationalliberaler Seite ist bisher diese Eventualität stets mit besonderem Nachdruck als den Absichten des Reichskanzlers entsprechend bezeichnet worden, weil man sich von Neuwalten unter der Parole des Socialistengesetzes erhebliche Erfolge versprach. Um so überraschender ist es, daß jetzt die nationalliberale "Vgbb. 3." die Behauptung aufstellt, nach Annahme des Gesetzes in der Windthorstschen Fassung oder auch nach volliger Ablehnung des Gesetzes werde von einer Auflösung des Reichstags nicht die Rede sein, sondern die Regierung werde die Verantwortlichkeit für diesen Beschuß dem Reichstage überlassen und zunächst abwarten, wie sich die Dinge entwickeln würden. Eine authentische Erklärung in dieser Richtung würde zweifellos die Ablehnung des Gesetzes herbeiführen. Bisher aber ist stets das Gegenteil erklärt worden, und es werden diejenigen Parteien, welche die Entscheidung in der Hand haben, schwerlich geneigt sein, sich auf die Verstärkung des nationalliberalen Blattes zu verlassen.

Bezüglich des Centrums wird versichert, daß dasselbe eventuell geschlossen für die Windthorstschen Anträge eintreten werde. Im Falle der Ablehnung derselben aber dürfte ein hinfälliger Theil des Centrums die Hand zur Erneuerung auch des unveränderten Gesetzes bieten. Wir halten es daher noch immer für das wahrscheinlichste, daß das Gesetz nicht abgelehnt werden wird.

Die zweite Berathung der Vorlage in der Commission ist auf morgen anberaumt.

Landwirtschaftliche Enquete.

Schon bei Berathung der Petition der Hinterpommerschen ökonomischen Gesellschaft in der Petitionscommission des Reichstags ist regierungssidig von der Absicht der preußischen Regierung Mittheilung gemacht, eine Enquete über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft zu veranstellen. Zwischen sind einer offiziellen Meldung zufolge, die Vorbereitungen für die eventuelle Durchführung dieser Absicht wesentlich fortgeschritten. Von der statistischen Centralcommission wird zur Zeit ein bis ins Einzelne durchgearbeitetes Programm für diese Enquete vorbereitet, über welches demnächst Entscheidung getroffen werden soll.

Die österreichische Landsturmvorlage.

Bei der am Sonnabend stattgehabten Berathung der Landsturmvorlage im Wehrausschüsse des österreichischen Abgeordnetenhauses beantragte der Abgeordnete Promber folgende Resolution: "Die Regierung wird aufgefordert, auf dem geeigneten Wege vorzusorgen, daß der völkerrechtliche Schutz des Landsturms durch eine bindende internationale Vereinbarung anerkannt und sichergestellt werde." Nachdem der Minister für die Landesverteidigung erklärte, daß die Regierung sich ihrer diesjährigen Aufgabe bewußt sei und er gegen die Resolution nichts einzuwenden habe, wurde dieselbe mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Die Arbeiterruhren von Décazeville

kamen am Sonnabend abermals in der französischen Deputiertenkammer zur Sprache. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Bihaut, wies die Beschwerden des socialistischen Deputierten Camelinat bezüglich der Arbeitseinstellung in Décazeville zurück und versprach demnächst einen Gesetzentwurf behufs Reform der Bergwerksgesetzgebung einzubringen. Eine von dem Opportunisten Letellier beantragte Tagesordnung, welche das Vertrauen der Kammer zu der Initiative der Regierung hinsichtlich einer Reform der Bergwerksgesetzgebung ausdrückt, wurde, obgleich dieselbe von dem Ministerium acceptirt worden war, von der Kammer mit 256 gegen 226 Stimmen abgelehnt. Die Rechte hatte sich der Abstimmung enthalten. Eine von dem Deputierten Bette vorgeschlagene Tagesordnung des Inhalts, die Kammer, von der Notwendigkeit einer Revision der Bergwerksgesetzgebung behufs Sicherstellung der Rechte des Staats an der Erhaltung

der Bergwerke und der Interessen der Arbeiter überzeugt, nimmt Act von den Erklärungen der Regierung — wurde mit 251 gegen 239 Stimmen eben abgelehnt. Die Abstimmung über eine sodann vorgeschlagene Tagesordnung wurde bis zum Montag ausgefeiert.

Die Dinge haben sich somit in einer Weise zuspielt, daß der Eintritt von Überraschungen im Schoße der Regierung selbst keineswegs unmöglich ist.

Übrigens ist die Décazeviller Bewegung ihrem Ende noch immer sehr fern. Ein aus Paris in Décazeville mit der Nachricht eingetroffener Brief daß die Syndicate der Minearbeiter Frankreichs beschlossen haben, von jedem Arbeiter die Erlegung eines Franken pro Monat für die Striften Averbons zu verlangen, hat in Décazeville große Aufregung hervergerufen. Da Frankreich circa 120 000 Grubenarbeiter zählt, so würden die jenseitigen Gelder die Arbeitseinstellung unabsehbar verlängern. Anderweitige Nahrung hat der Staat durch die Sendung von 10 000 Frs. in Saar aus Paris, sowie dadurch erhalten, daß die Municipalitäten anderer Städte, vorunter Lyon mit 5000 Francs, ebenfalls für die feiernden Arbeiter beträchtliche Summen bewilligt haben.

Der Zwist in Andorra.

Einem Telegramm aus Bourg-Madame zufolge werden die neulich erwählten, in der Republik Andorra ausgebrochenen Zwischenfälle von den Anhängern des Bischofs von Urgel geschürt. Dieselben versuchten einen Gefangen, den der französische Landvogt nach Frankreich abführen lassen wollte, mit Gewalt zu befreien, wurden aber daran verhindert; hierbei wurde eine Frau getötet. — Der französische Consulpräsident Freycinet beauftragte den Deputirten des Aude-Departements, Papinaud, anlässlich dieser neuen Zwischenfälle mit einer Mission nach Andorra.

In der Orientkrise.

Ist plötzlich eine neue Schwierigkeit entstanden. Der serbisch-bulgariische Friedensvertrag ist mehr zwar endgültig ratifizirt. Gestern traf die Ratifikation der Friedensurkunde mit der Unterschrift des Königs verlesen aus Niš in Belgrad ein und Bánky, Sekretär des Delegierten Misatovic, reiste damit heute früh nach Bukarest ab. Auf der andern Seite hofft es aber noch mit dem türkisch-bulgariischen Protokoll, und zwar ist es unerwarteter Weise Fürst Alexander, von welchem die Schwierigkeiten ausgehen. Das Protokoll ist, wie aus Sofia vom gestrigen Tage telegraphiert wird, noch nicht gezeichnet, weil Alexander gegen die Begrenzung des General-Gouverneur-Wandts auf nur fünf Jahre Einspruch erhoben hat. Unter solchen Umständen dürfte auch die am Sonnabend in Konstantinopel zusammengetretene Botschafter-Conferenz nicht so schnell, wie man erwartete, zu einem Resultat gelangen.

Bezüglich des noch immer in seiner trockigen Haltung verbarrenden Griechenland wird dem Neutritischen Bureau aus Konstantinopel unter dem 12. d. gemelbet: Sollten die Großmächte gezwungen werden, weitere Maßnahmen gegen Griechenland zu ergreifen, so ist es wahrscheinlich, daß das an die griechische Regierung zu erlassende Ultimatum die diplomatische Form eines Beschlusses der Mächte annimmt, ihre Vertreter von Athen abzuberufen, um ihre Entrüstung über die ihren Vorstellungen von Griechenland bewiesene Miachtung zu kennzeichnen.

Die Briten in Aegypten.

Der englische Specialcommissar Sir Drummond Wolff ist von dem englischen Minister des Außen, Lord Rosebery, angewiesen worden, die Reduction der Occupationssarmee um 6 Regimenten, den Rückzug der britischen Truppen nach Assuan, sowie die Besetzung Wady Hafsa's durch ägyptische Truppen vorzuschlagen und sich hierüber speziell mit Muftiatar Pasha ins Einvernehmen zu setzen. Dieser soll Zeit zur Erwägung dieses Vorschlags verlangt haben. Man glaubt, daß der türkische Bevollmächtigte Muftiatar Pasha eine erhebliche Verstärkung der ägyptischen Armee verlangen werde, da dieselbe sonst Wady Hafsa nicht würde halten können.

Bei Suakin stehen die Dinge noch auf dem alten Fleck, d. h. ein Angriff der Rebellen auf die Stadt wird vorbereitet; dieser Tage haben sie jedoch eine Schlappe erlitten. Einem Telegramm aus Suakin zufolge übernahm am Sonnabend eine zum Fouragieren ausgesandte Abtheilung freundlich gekrönter Araber im Hafschdale ein feindliches Lager und eroberte dabei 15 Kamele. Als der an Zahl überlegene Feind sich von der Überraschung erholt hatte, trieb er die fouragirende Abtheilung in der Richtung auf Suakin zurück, von wo berittene Infanterie zur Unterstützung der letzteren ausrückte und den Feind angriff. Dieser zog sich nach hartnäckigem Widerstand zurück und wurde bis in die Nähe von Haschim verfolgt, wobei er Todte auf dem Gefechtsfelde zurückließ. Der feindliche Verlust wird an Todten auf 30 Mann angenommen; der Verlust der Fouragiere ist gering.

Verschwörung in Japan.

Die "China Mail" weiß von einer Verschwörung zum Sturze des Mikado von Japan zu berichten. Die Verschwörer hatten den Plan gefasst, im Einvernehmen mit gewissen Koreanern einen Aufstand in Korea herzaurufen und einen Krieg zwischen China und Japan zu verursachen — und wollten den Augenblick benützen, wenn die Gemüther hochgradig aufgeregzt sein würden, um offen zu revoltieren und den Mikado zu entthronen. Durch die Wachsamkeit der japanischen Polizei wurde dieser Anschlag jedoch noch rechtzeitig entdeckt. Kin-o-Kiyou, der Chef der Fortschrittspartei in Seoul, soll in die Conspiration mitverlochten gewesen sein.

Die Colonisationsvorlage in neuer Form.

Die Ansiedlungs-Commission hat nunmehr wie schon gemelbet, die erste Lesung über das Gesetz betreffend die Ansiedlung deutscher Anwesen in den Provinzen Westpreußen und Polen beendigt. Die Beschlüsse sind einzeln bereits mitgetheilt worden. Bei der hervorragenden Bedeutung jedoch, welche dieses Gesetz gerade für unsre Provinz hat, sehen wir uns veranlaßt, die ganze Vorlage in ihrer neuen Form nachstehend wiederzugeben:

I. Abschnitt.

Bereitstellung von Staatsmitteln.) § 1. Der Staatsregierung wird ein Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um zur Stärkung des deutschen Elements in den Provinzen Westpreußen und Polen gegen polonistische Bestrebungen durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter 1. Grundstücke häufig zu erwerben, 2. jenseitig erforderlich die Kosten zu bestreiten, welche entstehen, a) aus der erstmaligen Einrichtung, b) aus der erstmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse neuer Stellen von mittlerem oder kleinem Umfang oder ganzer Landgemeinden, mögen sie auf besonders dazu angefaßten oder auf sonstigen, dem Staat gehörigen Grundstücken errichtet werden.

§ 2. Bei Überlassung der einzelnen Stellen (§ 1) ist eine angemessene Schadloshaltung des Staates vorzusehen. Die Überlassung kann zu Eigentum gegen Kapital oder Rente, oder auch in Zeitpacht erfolgen.

§ 3. Die Beträge, welche der Staat als Schadloshaltung (§ 2) erhält, ließen — soweit sie nicht aus der Veräußerung von Domänen und Forstern herrschen (vergl. Gesetz vom 17. Januar 1820. Ges. S. 9.) innerhalb der nächsten 20 Jahre zu dem im § 1 bestimmten Fonds und sind alljährlich in den Staatshaushaltstat aufzunehmen. Nach Ablauf dieses Zeitraums kann über diese Einnahmen im Staatshaushaltstat auch anderweit verfügt werden.

§ 4. Zur Bereitstellung der Summe für die im § 1 gedachten Verwendungszwecke sind Schuldverschreibungen auszugeben. Wann, durch welche Stelle und zu welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuß, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Conten die Schuldverschreibungen verauflagt werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Im Uebrigen kommen Verwaltung und Tilgung der Anleihe und wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 (Ges. S. 1197) zur Anwendung.

II. Abschnitt. (Rentengüter.)

§ 5. Bei der eigenthümlichen Übertragung eines Grundstücks gegen Übernahme einer festen Geldrente (Renteengt) kann die Ablösbarkeit der letzteren von der Zustimmung beider Theile abhängig gemacht werden.

Die Feststellung des Ablösungsbeitrages und der Kündigungstermin bleibt der vertragsmäßigen Bestimmung überlassen.

§ 6. Den festen Geldrenten sind gleich zu achten diejenigen festen Abgaben in Körnern, welche nach dem üblichen unter Anwendung der §§ 20 bis 25 des Ablösungsgeges vom 2. März 1850 ermittelten Marktpreise in Geld abzuführen sind.

§ 7. Durch Vertrag kann die Veräußerung des Rentengutes oder Theile desselben von der Zustimmung des Rentenberechtigten abhängig gemacht werden. Ist die Veräußerung oder die Zerteilung im gemeinschaftlichen Interesse wünschenswert, so kann die vertragte Zustimmung durch die Auseinandersetzungsbörse rückerlich ergänzt werden.

§ 8. Ist durch Vertrag die Einverleibung eines Rentengutes oder Theile desselben von der Zustimmung des Rentenberechtigten abhängig gemacht, so kann derselbe, wenn im Vertrage nicht etwas Anderes bestimmt ist, die Ablösung der ganzen Rente zum 25 fachen Betrage verlangen.

III. Abschnitt.

siedlung deutscher Bauern und Arbeiter entgegenzutreten, und überdies mit ungünstigen Mitteln unternommen worden. Die gewünschten Mitteilungen über Umfang und Erfolg jener Maßregeln seien daher für die Beurtheilung dieses Gesetzes unerheblich und würden nur wiederum zur Verfälschung dienen.

Wie die Fassung des § 12 zeigt, ist auch die Theilnahme von je zwei Mitgliedern der beiden Häuser des Landtages an der Ausführungscommission gestrichen worden.

Deutschland.

△ Berlin, 14. März. Das Befinden des Kaisers macht mit jedem Tage erfreulichere Fortschritte. Man darf sagen, daß die jüngste Indisposition des betagten Monarchen fast völlig überwunden ist. Damit wird es denn mehr als wahrscheinlich, daß der Kaiser die Feier seines neunzigsten Geburtstages in voller körperlicher und geistiger Spannkraft erlebt. Am Hofe werden zu dem Kaiser-Geburtstage als Gäste erscheinen: Der König von Sachsen, der Prinz Georg und der Prinz Friedrich August von Sachsen, die Großherzöge von Sachsen-Weimar und Oldenburg, sowie die Herzöge von Altenburg und von Anhalt. Auch der Großherzog von Baden, dessen Erscheinen wegen der Erkrankung des Erbgroßherzogs zweifelhaft war, hat nunmehr ganz sicher seine Ankunft zum 22. März zugesagt. — Für Bismarck hat dem Kaiser gestern Nachmittag über eine Stunde lang Vortrag gehalten; es ist dies ein erfreulicher Beweis dafür, daß sich auch der Reichstanzer guten Wohlseins erfreut und die körperlichen Beschwerden der letzten Tage besiegt sind.

* [Der Kaiser und die Berliner.] In einer Berliner Plauderei der Düsseldorfer Zeitung findet sich eine kleine Anekdote, welche einen erfreulichen Beweis dafür gibt, wie hoch unser Kaiser die jubelnden Kundgebungen schätzt, welche ihm das Publikum um die Mittagsstunde gelegentlich des Aufzehens der Wache vor dem Palais darzubringen pflegt: „Als kürzlich um die Mittagsstunde ein hochgestellter Herr aus des Kaisers naher Umgebung dem Monarchen einen wichtigen Vortrag hielt und der Monarch die Klänge der herzmarssirenden Wachtruppe vernahm, unterbrach er, indem er sich zugleich erhob, den Vortragenden mit den Worten: „Nun aber müssen wir einige Minuten pausieren, lieber A., jetzt gehörte ich meinen Berlinern“, und trat dann an das Fenster.“

* [Eine Monopolbrüderliche.] Für das Monopol wird noch eine Liane zu brechen gesucht durch Verfassung einer anonymen Broschüre, welche nicht einmal den Vorschriften des Preßgesetzes entsprechend den Namen des Verlegers enthält. Als Drucker ist Herr Rudolf Moos angegeben. Die Flugschrift ist gerichtet an alle Parteien. Sie soll angeblich von einem Liberalen verfasst sein. — Die „Frei. Ztg.“ bemerkt dazu: „Täuscht uns nicht alles, so ist der Verfasser der vortragende Rath des Fürsten Bismarck, Herr Camp. Der Verfasser sucht das Monopol durch einige mehr oder weniger gleichgültige und unbedeutende Abänderungen annehmbar zu machen. Herr Camp hat in der Monopolcommission mit ähnlichen Abänderungsvorschlägen nicht einmal bei den Monopolfreunden Beachtung gefunden.“

— Der Bericht über die Verhandlungen der Zuckersteuer-Commission wird erst morgen zur Vertheilung kommen. Es wird indes beabsichtigt, die zweite Lesung im Plenum womöglich noch in dieser Woche vorzunehmen. Die Hoffnungen auf greifbare Ergebnisse der weiteren Verathung über die Zuckersteuer sind mindestens getheilt. Es wird vielfach angenommen, daß man im Plenum nicht zu einer Verständigung kommen wird.

* [Englische Unternehmung in Deutsch-Ostafrika.] Einer Londoner Mittheilung der „Kön. Ztg.“ folge soll sich eine englische Finanzgruppe für Ostafrika, bestehend aus dem Herrn Hutton und den Herren der National-African-Company, gebildet haben, welche beabsichtigt, in aller nächster Zeit eine Forschungs-Expedition von Mombasa aus ins Klima-Ndscharo-Gebiet zu entsenden. Als Ausgangspunkt der Erforschung wird ein von Herrn Johnston bereits 1884 käuflich erworbener kleiner Landstrich am Klima-Ndscharo dienen. Die Gruppe hat mit Dr. Peters in London eingehend verhandelt, da sie ohne die deutsche Gesellschaft, inmitten deren Gebiet Johnstons Besitzung liegt, keine Aussicht hätte.

* [Die Proteste gegen das Polenschutz-Gesetz] mehren sich. Auch die Commune Ratibor hat einen solchen erlassen. In der Stadtverordneten-Sitzung vom 11. März wurde an dem Magistrat die Interpellation gerichtet, ob es nicht angezeigt sei, nach dem Vorgehen der Stadt Neisse u. a. dahin zu wirken, daß das Aufstellungsrecht der Lehrer an den Volkschulen wie bisher der Stadtrath verbleibe. Der Interpellant hob hervor, daß in der Stadt durchaus keine politischen Betreibungen herrschen. Gegenwärtig zahlte Ratibor für die Volksschule jährlich über 57000 M. Bürgermeister Bernert erklärte, daß sich der Magistrat über diese Frage bereits schlüssig gemacht habe. Es sei nämlich ein Schreiben der Vertreter des oberherrlichen Städte- und Kreistages eingetroffen, in welchem sich dieselben mit einer Petition an das Staatsministerium bereit erklärt und den einzelnen Städten empfehlen, gemeinsam vorzugehen und sich dieser Petition anzuschließen. Demgemäß habe der Magistrat beschlossen, an das Ministerium die Bitte zu richten, das Gesetz, betreffend die staatliche Anstellung der Volksschullehrer, auf die Commune Ratibor, wie überhaupt auf sämmtliche Communen Oberschlesiens, die über 2000 Einwohner haben, nicht auszudehnen. Die Stadtverordneten erklärten sich mit dieser Petition einverstanden.

* [Bischof Kopp und das Centrum.] In einer am Donnerstag in Mainz stattgehabten katholischen Wähler-Versammlung erklärte der Centrumsabgeordnete Räcke: Eine große Täuschung sei es, wenn man glaube, zwischen dem Herrn Bischof Dr. Kopp und dem Centrum bestehe ein Zweigegenseit, davon sei keine Rede. In Bezug auf die Kirchenvorlage im preußischen Landtage glaubt Herr Räcke, daß ein modus vivendi zu Stande komme.

* [Der Diätenprozeß Heine.] Es werden Zweifel darüber laut, ob gegen das Erkenntnis des Raumgerichts des Überlandesgerichts in dem Diätenprozeß des Abgeordneten Heine die Revision beim Reichsgericht eingeleget werden kann. Nach § 508 der Civilprozeß-Ordnung ist die Revision nämlich durch einen 1500 M. überteigenden Wert des Streitgegenstandes bedingt, und es steht gerade in dem Falle des Abgeordneten Heine dahin, ob diese Voraussetzung durch den Betrag, welchen er an Diäten bis jetzt erhalten hat, erfüllt wird, da Herr Heine bei den Wahlen von 1884 zum ersten Mal gewählt wurde. Indes bis jetzt hat es sich in dem Prozeß um einen nicht abgeschafften Wert gehandelt, und über die Abtäuschung derselben lassen sich sehr verschiedene Ansichten aufstellen. Andere Diätenprozeße werden jedenfalls bis vor das Reichsgericht gelangen; sollte es betreffs desjenigen des Abgeordneten Heine nicht der Fall sein, so könnte sich, meint die „Nat. Ztg.“, eine eigenthümliche Entwicklung ergeben. Der Abg. Heine würde

dann endgültig zur Zahlung der empfangenen Summe an den Fiscus verurtheilt sein; entschiede das Reichsgericht aber in anderen Diätenprozeßen in entgegengesetztem Sinne, so würde in einer wichtigen Frage des öffentlichen Rechtes eine arge Ungleichheit entstehen.

Lebriengens wollen es die socialistischen Abgeordneten in Bezug auf die Rückerstattung der Diäten auf die Execution ankommen lassen.

* [Das Reichs-Gesetzgesetz] ist vom „Reichs-Anzeiger“ publicirt worden. Der Stat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 696 615 509 M.; die Ausgaben stellen sich zusammen aus 621 152 433 M. fortlaufenden und 75 433 076 M. einmaligen Ausgaben. Es müssen 28 738 856 M. durch Anleihe aufgebracht werden, von denen entfallen: auf Reichsheer 17 742 496 Mark, auf die Marine 7 701 900 Mark, auf die Eisenbahnverwaltung 3 294 460 Mark.

* [Spiritus-Schmuggel nach Russland.] In der ersten Sitzung der Reichstagscommission zur Beurtheilung des Branntweinmonopols wurde von dem Abg. v. Kardorff behauptet, daß die Not des deutschen Brennwertgewerbes nicht durch die Ueberproduktion, sondern durch den unglaublichen Schmuggel von Deutschland nach Russland herbeigeführt sei; der geschmuggelte Spiritus werde aus Russland wieder ausgeführt, genieße die russische Exportvergütung und erscheine daher fast kostenfrei auf dem Weltmarkt, wodurch der Preis in der kolossalsten Weise gedrückt werde. Die Menge des zum Export aus Russland kommenden hineingeschmuggelten deutschen Spiritus wurde von Herrn v. Kardorff auf jährlich 25 Millionen Liter angegeben. Das diese Zahl viel zu hoch gegriffen ist, steht, bemerkt dazu die „Voss. Ztg.“, außer allem Zweifel und ist auch vom Staatssekretär v. Bismarck betont worden, welcher seinerseits den im Schmuggelverkehr von Deutschland nach Russland gelangenden Spiritus auf höchstens 15 Millionen Liter jährlich schätzt. Davon kann aber keine Rede sein, daß der geschmuggelte Spiritus den von Herrn v. Kardorff behaupteten nachtheiligen Einfluß auf den Weltmarktpreis ausübt, weil ohne Zweifel weit aus der grössten Theil dieses Spiritus in den russischen Grenzprovinzen consumirt wird. Die Wiederausfuhr derselben verbietet sich in den meisten Fällen schon durch die durch den Transport von der preußischen Grenze bis zu den russischen Distriktsäfen entstehenden beträchtlichen Kosten. Sollten aber wirklich einige Millionen Liter geschmuggelten Spiritus gegen Zahlung der russischen Exportvergütung zur Wiederausfuhr aus Russland kommen, so wird ein solches Quantum gegenüber dem Bedarf der Spiritus importirenden Länder von circa 100 Millionen Liter jährlich die Preisbildung wohl kaum in merklichem Maße zu beeinflussen im Stande sein. So ganz kostenfrei, wie v. Kardorff meint, würde sich übrigens auch der geschmuggelte Spiritus nicht auf den Markt werfen lassen, da der deutsche Übergang nach Russland mit der deutschen Branntweinsteuer belastet bleibt, die nach Lage der Verhältnisse nur in ganz ausnahmsweise Fällen zur Zurückzahlung gelangt. Auf den ausgedehnten Schmuggel nach Russland läßt sich also der jetzige niedrige Spirituspreis jedesfalls nicht zurückführen; man wird die Ursache derselben vielmehr in der thatächlich bestehenden Ueberproduktion zu suchen haben, an welcher unsere Spiritusbarone in erster Linie die Schuld tragen, weil sie ohne Rücksicht auf das Bedürfnis und die Aufnahmefähigkeit des Marktes ihre Brennereien von Jahr zu Jahr vergroßert und mehr Spiritus erzeugt haben.

Wie sehr die Spiritusproduktion gestiegen ist, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1872 nur 27 Mill. in den Jahren 1881/82 bis 1884/85 dagegen bezw. 100, 82, 79 und 77 Mill. Liter Spiritus zum Export gebracht worden sind.

* [Die Fortbildungsschulvorlage.] Die Commission des Abgeordnetenhauses für die Schulgesetze hat den Gesetzentwurf betr. die Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen in folgender Fassung angenommen:

S. 1. Zur Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen ist der Minister für Handel und Gewerbe den Gemeinden laufende Buschüsse aus Staatsmitteln zu gewähren, geeignetenfalls auch solche Schulen aus Staatsmitteln zu errichten und zu unterhalten ermächtigt. — S. 2. An denjenigen Orten jener Provinzen, in welchen die Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschulen nicht durch Ortsstatut begründet wird, kann von dem Minister für Handel und Gewerbe den Arbeitern unter 18 Jahren (§ 120 der Gewerbeordnung) diese Verpflichtung auferlegt werden.“

Endlich beschloß die Commission, zur dritten Verathung des Stats. den Antrag zu stellen, in dem Stat des Handelsministeriums Kap. 69 der Ausgaben folgenden neuen Titel 7a. einzuschalten:

Zur Errichtung und Unterhaltung der Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen 200 000 M. (Bestände können zur Verwendung in die folgenden Jahre übertragen werden.)

Für das Gesetz in dieser von den Commissaren der Regierung beanstandeten Fassung stimmten die Conservativen, Freiconservativen, Nationalliberalen und Freiheitlingen.

* [Befreiung der Wahlbereinigung.] Die Strafgesetzbuch-Commission des Reichstages beschäftigte sich gestern wieder mit dem Antrage des Abg. Rintelen über Befreiung derjenigen, welche ihre Arbeitnehmer hinsichtlich der Wahlen beeinflussen. Der Antrag erhielt folgende Fassung:

Wer einem Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung, oder mit Nachtheilen für Leben, Gesundheit, Ehre oder Vermögen verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerschaftlichen Rechte nach seinem freien Willen zu wählen oder zu stimmen, wird, gleichviel ob die Drohung ausdrücklich ausgesprochen oder aus Umständen zu entnehmen, ob sie gegen den Wahl- oder Stimmberechtigten selbst oder gegen einen seiner Angehörigen gerichtet ist, mit Gefängnis oder mit Festungshaft bis zu 5 Jahren bestraft. „Ist die strafbare oder nachtheilige Handlung zur Ausführung gebracht worden, so ist auf Gefängnis nicht unter einem Monate zu erkennen. Neben der Gefängnisstrafe kommt auf Verlust der bürgerlichen Ehre erkannt werden.“ Der Versuch ist strafbar. (Die mit Ausführungswegen eingeschlossenen Stellen sind neu eingefügt.)

* [Die katholischen Vereine Deutschlands] beabsichtigen, der „Germania“ zufolge, dem Papst zu seinem Ende 1887 stattfindenden 50jährigen Priesterjubiläum mit einer gemeinschaftlichen Glückwunschaudresse zugleich ein Album, welches ein Bild des katholischen Vereinslebens darstellen soll, zu überreichen.

* [Bismarck - Anhaltinischer Ministerkandidat.] Das Fürst Bismarck auch einmal Ministerkandidat des ehemaligen Herzogthums Anhalt-Bernburg gewesen, dürfte nur wenigen bekannt sein. Es war, so erzählt die „Asgd. Ztg.“ zu Anfang der 1850er Jahre, als die damalige Regentin dieses Landes genötigt war, sich nach einem neuen Minister umzusehen. Sie wandte sich an die preußische Regierung mit der Bitte, ihr aus dem preußischen Beamtenkreise einen oder einige qualifizierte Persönlichkeiten vorzuschlagen; dies geschah, und es wurde ihr außer einem königlichen Oberförster B. aus der damalige Deichhauptmann Otto von Bismarck zu Schönhausen in Vorschlag gebracht. Beide hatten auch die Einladung zur Vorstellung an einem

bestimmten Tage angenommen. Auf der Reise besuchte jedoch dem Deichhauptmann von Bismarck zwischen Halberstadt und Quedlinburg das Unglück, daß eine Wagenachse brach, durch deren Reparatur er genötigt wurde, bis zum anderen Tage in dem Orte W. zu verweilen. Dieser Umstand kam seinem Rivalen zu Gute; denn als Herr von Bismarck in Bernburg eintraf, war jener bereits der Ministerposten zugestellt. Drum: heißt' ihn Gott, es bat nicht sollen sein!

* [Die Mantelnäherinnen] bildeten am Freitag Abend im Luisenstädtischen Coererhaus eine sehr gut besuchte Versammlung ab, in welcher Dr. Ottlie über die trostlosen Zustände der Arbeitserinnen sprach. In der Debatte unternahm Herr Vale wieder den Versuch, die Arbeitserinnen auf das sozialdemokratische Gebiet zu führen, der von den Frauen aber energisch zurückgewiesen wurde.

* [Straßburg i. E.] ist ein Strike der Anwälte im Gange, da sich ein höherer Gerichtsbeamter missliebig über den Anwaltsstand ausgesprochen hatte. In Folge dessen sind durch das dortige Landgericht die vorliegenden Rechtsstreitigkeiten als ruhend erklärt und die Parteien befreit. Wahrung ihrer Rechte davon in Kenntniß gesetzt worden.

Posen, 14. März. Die Adresse an den Papst, in welcher darum gebeten wird, den Domherrn Dindler nicht zum Erzbischof von Gnesen-Posen zu ernennen, ist, der „Voss. Ztg.“ zufolge, bereits in Rom eingetroffen und dort beim Staatssekretariat des apostolischen Stuhles abgegeben worden. Cardinal Jacobini hat, wie aus bester Quelle mitgetheilt wird, sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Polem dem h. Vater seine schon überdies schwierige Stellung noch erschweren.

Frankreich.

Paris, 13. März. Der Ministerrath hat heute Vormittag das Budget genehmigt, das der Kammer am nächsten Dienstag vorgelegt werden soll. Die Hauptpunkte derselben sind: Aufhebung des außerordentlichen Budgets für die öffentlichen Arbeiten und die Colonialausgaben, die fortan in das ordentliche Budget wieder eingestellt werden sollen, in welchem namhafte Ersparnisse realisiert worden sind; ferner Umwandlung der Schatzbons mit kurzer Verfallzeit, einschließlich der in dem außerordentlichen Budget von 1886 enthaltenen, in 3 prozentige Rente; Rückzahlung eines großen Theils der schwebenden Schuld durch Emission von 3prozentiger Rente; Maßregeln, um eine Ausdehnung der schwebenden Schuld für die Zukunft zu beschränken, eine anderweitige Gestaltung der Getränkesteuer; Aufhebung der Steuer für den Kleinhandel mit Getränken, Erhöhung der Alkoholsteuer. Eine Converitur der alten 4½ prozentigen oder der 4 prozentigen Rente ist nicht in Aussicht genommen. (W. Z.)

Paris, 13. März. Die in der heutigen Sitzung des Ministerrathes in Aussicht genommene Aufhebung der Abgabe vom Kleinhandel mit Getränken begleitet die Aufhebung der Controllbesuche bei den Händlern. Die Erhebung der Abgaben auf Getränke soll nicht mehr bei den Händlern, sondern nur beim Eingang in die Städte stattfinden, wie es in Paris und anderen großen Städten schon jetzt geschieht.

Dem „Temps“ zufolge soll für 1 Milliarde 3 prozentige Rente ausgegeben werden zur Einlösung der 618 Millionen Obligationen mit kurzer Verfallzeit und zur Consolidierung eines Theils der schwebenden Schuld bis zum Betrage von 382 Millionen. Die Emission wird wahrscheinlich im April stattfinden. Die projectierte Erhöhung der Alkoholsteuer wird auf 75 Millionen veranschlagt. (W. Z.)

England.

ac. London, 13. März. Generalmajor Sir Charles Warren ist an Stelle des Obersten Henderson, der sich bei den neulichen sozialistischen Ausschreitungen in London so unbereitschaftig verhalten hatte, zum Chef der Londoner Polizei ernannt worden. Der neue Polizeichef ist ein verdienstvoller Offizier und steht im besten Mannesalter. Er trat 1857 in das Gentecorps, in welchem er in 1882 zum Obersten avancirte. Er zeichnete sich in den Kafferkriegen von 1877-79 aus und befahl während des kappischen Feldzuges in 1882 die Expedition zur Züchtigung der Mörder von Professor Palmer und Genossen. In 1884 wurde Sir Charles zum Specialcommission für Bechuanaland ernannt. Nach seiner Rückkehr aus Afrika wurde er zum Befehlshaber der englischen Truppen in Suez ernannt, welchen Posten er jetzt mit der obersten Leitung der Londoner Polizeimacht vertauscht. Er ist ohne Zweifel eine geeignete Persönlichkeit für den schwierigen Posten, da er mit militärischer Erfahrung und Umficht administratives Talent verbindet.

Russland.

Petersburg, 13. März. Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht ein neuerliches vom Finanzminister erlassenes Reglement betreffend die Zurückzahlung der Accise für ins Ausland exportirte Branntweinfabrikate und rectificirten Branntwein. Demnachfolge ist dem Absenden der über die Zollämter in Petersburg, Riga, Libau, Odessa, Grajewo, Alexandrow, Sosnowicze, Lütschet und Mlawo ausgeführten Schnapsorten, Liqueure &c. die Accise für den darin enthaltenen Spiritus und die Ergänzungssacise für die Fabrikate selbst zurückzuzahlen, ebenso die Accise für rectificirten Branntwein.

(W. Z.)

Amerika.

* [Leichenverbrennung.] Kaiser Dom Pedro von Brasilien hat ein Decret erlassen, in dem er anordnet, daß die Leichen der am gelben Fieber Verstorbenen verbrannt werden müssen. Die Auslagen für den Bau der Crematorien und die Verbrennung der Leichen haben die betreffenden Gemeinden zu tragen. Auch in den beiden Städten Mexico und Matamoras haben sich jetzt Vereine befreit. Verbrennung der Leichen gebildet. In letzter Stadt sind dem Vereine auch mehrere Frauen beigetreten.

Von der Marine.

* Der Kreuzer „Nautilus“ (Commandant Corp.-Capt. Röder) ist am 14. März c. in Amoy eingetroffen. — Der Kreuzer „Albatross“ ist nicht, wie in der Depesche am Sonnabend Abend irrtümlich gemeldet, am 12. März c. in Cooktown eingetroffen, sondern am 12. Februar in Matupi, und beabsichtigt, diesen Ort am 27. März wieder zu verlassen.

Danzig, 15. März.

Wetteraussichten für Dienstag, 16. März.

Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der Deutschen Seewarte.

Bei wenig veränderter Temperatur und mäßigen Ostwinden ziemlich heiterer Himmel. Keine oder geringe Niederschläge.

* [Manöver.] In Betreff der diesjährigen Herbstmanöver hat der Kaiser für diejenigen Armeecorps, welche — wie das erste und zweite — nur Divisionsübungen abhalten, folgendes angeordnet: a. Die Regiments-Übungen der Infanterie sind um zwei Tage zu verkürzen; dafür sind die für die Periode a der Divisions-Übungen vorgeschriebenen

Feld- und Vorpostendienst-Übungen in gemischtetem Detachements um zwei Übungstage zu verlängern. b. Die Regiments-Übungen derjenigen Cavallerie-Regimenter, welche concentrit stehen und deren Exerzierplätze zu bereiten Zweck einer Vergnügung nicht bedürfen, haben verlängerte Weise in diesem Jahre im Abschluß an die Escadrone-Belehrungen, also im Allgemeinen bereits in der zweiten Hälfte des Monats Juni, stattzufinden. c. Außer Artillerie kann den Infanterie-Brigaden während der letzten Tage ihrer Übungen ein entsprechendes Cavallerie-Detachement zugewiezen werden. Von der Zutheilung der Artillerie an die Cavallerie-Brigaden während der letzten Tage ihrer Übungen ist hingegen abzusehen. Sämtliche Truppen müssen bis spätestens 30. September in die Garnisonorte zurückgekehrt sein. — Im Monat August findet bei der Festung Königsberg eine grösere Armeeübungs-Übung auf die Dauer von 15 Tagen statt, zu welcher das Garde-Fuß-Artillerie-Regiment sowie die Fuß-Artillerie-Regimenter Nr. 1, 5 und 11 heranzuziehen sind. In den Monaten Juli und August kommen bei den Festungen Thorn und Posen Belagerungs-Übungen in der Dauer

ich unbedingt gewesenen Vorstandsmitglieder der Amtsgesellschaft, obgleich sie die tarifwidrige Ausstellung weder gewollt noch gewußt haben, strafrechtlich verantwortlich. Dieser Satz findet sowohl auf den Geltungsbereich des älteren Reichstagsstempelgesetzes vom 1. Juli 1881, nach welchem jedes der Vorstandsmitglieder die volle Stempelfreiheit zu entrichten hat, als auch auf den Geltungsbereich des neuen Gesetzes vom 29. Mai (3. Juni) 1885 Anwendung, nach welchem die Vorstandsmitglieder solidarisch für den einmaligen Betrag der Strafe haften.

(Schwingergericht.) Für die heutige Sitzung standen zwei Anklageläden zur Verhandlung an; die erste wegen Raubes, die zweite wegen Totschlags. Des ersten Verbrechens beschuldigt ist die unberechtigte Matilde Schiebellein, 25 Jahre alt, ohne Donatil. Die Angeklagte steht am, am 18. Januar d. J. sei sie durch die Höpferasse gegangen; da begegnete ihr ein vierjähriges Mädchen, Marie Quandt, in deren Hand sie ein 10-Pfennigstück erblieb. Da sie sehr hungrig war, habe sie dem Kind mit Gewalt die Hand aufgemacht und demselben die 10-Pfennige fortgenommen. Auf das Schrein des Kindes kamen jedoch Leute hinzu, welche die Schiebellein ergreifen und sie nötigten, dem Kind die Geld zurückzugeben. Nach kurzer Verhandlung sprachen die Geschworenen die Angeklagte schuldig des Raubes, begangen auf einer öffentlichen Straße, unter Zulässigung mildernder Umstände. Der Gerichtshof erkannte auf ein Gefängnisstrafe von 1 Jahr. Die Anklage wegen Totschlags war gegen den Arbeiter Jacob Kruschinski aus Klobczyn (Kreis Garthaus) gerichtet. Derselbe ist beschuldigt, am 15. Dezember d. J. den Eigentümer Carl Hartung aus Polkowiczy in Klobczyn vorsätzlich getötet zu haben. Kruschinski giebt an, an dem genannten Tage mit dem Einwohner Hartung wegen Schäfts in Streit gekommen zu sein, wobei er von Hartung einen solchen Schlag erhalten habe will, daß er zu Boden gefallen sei. In seiner Erinnerung sei er darüber so in Wuth geraten, daß er dem Hartung folgte, als derselbe fortließ. Hartung fiel hierbei hin und er sei über ihn gesunken. Dann habe er dem Hartung zwei Messerstiche beigebracht und ihm verschiedene Fußläufe verlegt. Hartung ist, wie die Anklage behauptet, am Tage darauf an den von Kruschinski erhaltenen Wunden gestorben. Durch die Angabe einer vorgeladenen Zeugin, welche den Hartung nach seiner Verbindung gebracht, hat Hartung den Vergang wesentlich anders geschildert. Er sei mit dem Kruschinski wegen der Schafe in Wortwechsel gerathen, wobei derselbe ihm mit einem offenen Messer drohte bedroht habe, daß er, als Kruschinski ihn stechen wollte, denselben mit einem Stock einen Schlag über den Kopf gegeben habe, es sei dies aber nur aus Notwehr geschahen. Dann sei er nicht nur von Kruschinski, sondern auch noch von Andern angegriffen und zur Erde geworfen und geschlagen worden, wobei er die Messerstiche erhalten habe. Auch die Auslagen der übrigen Zeugen fallen belastend gegen den Angeklagten aus. Nach dem Gutachten des als Sachverständiger vorgeladenen Kreisphysikus Dr. König aus Garthaus hat der Verforscher neben anderen Verlebungen einen Messerstich im Bauch geahnt, der die Därme verletzt und brandig gemacht habe, wodurch der Tod herbeigeführt sei. Wenn der Arzt, der zuerst zu den Verletzen gerufen, dasselbe gehabt, was der zweite Arzt, der allerdings erst 24 Stunden nach der Verletzung erschien, gehabt hat, nämlich die von der Wissenschaft in solchem Falle vorgeschriebene Operation vorgenommen hätte, dann wäre der Verletzte möglicher Weise am Leben zu erhalten gewesen, aber der erste Arzt habe den Verletzten mit der Notirung, hier nichts mehr zu machen, liegen lassen. Der Staatsanwalt beantragte, das Schulz der vorläufigen Tötung, der Vertheidiger nur wegen schwerer Körperverletzung unter mildernden Umständen das Schwibig. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten vorsätzlich des Totschlags, aber schuldig der Körperverletzung mit tödlichem Erfolge. Der Gerichtshof verurteilte hierauf den Angeklagten zu 5 Jahren Buchthaus. Der Staatsanwalt batte 6 Jahre Buchthaus und Chrverlust auf die gleiche Dauer beantragt.

(Messerstecher.) Der Arbeiter Friedrich Schröder zu Sandweg begab sich gestern Nachmittag mit 4 Kammeraden zum Gewebevorsteher, um sich Information für das heutige Ausbildungsgeschäft zu holen. Als sie von dort zurückkehrten, trafen sie auf 5-6 andere Arbeiter, deren einer mit Sch. Siret begann und diesem dann drei Stiche in das linke Ellenbogenlend verpasste. S. wurde nach dem Stadt-Lazarett geschafft und dort aufgenommen.

am Dirschau, 14. März. Mit lebhaftem Bedauern haben viele Dirschauer Kreise von dem Beschlusse des Bezirks-Gisenbaurath's Kenntnis genommen, wonach der bisher um 11 Uhr 10 Min. Abends von Danzig nach Dirschau abgelassene Lokalzug eingehen soll. Es würde dadurch für die Dirschauer Dirschau wieder die alte Calamität eintreten, die es ihnen unmöglich macht, in Danzig auch den Abend zu verbringen, indem alsdann der letzte Zug bereits um 8 Uhr Abends, der nächste jedoch erst 4 Uhr Morgens von Danzig abgehen würde. Wenn schon zugegeben werden müsste, daß die im Winter zwischen 0 und 33 schwankt, eine recht geringe ist, so dürfte diese im Sommer doch erheblich größer gewesen sein, so das es sich vielleicht als die geeignete Maßregel empfunden hätte, den Zug im Sommerhalbjahr ganz beizuhalten, im Winter aber wenigstens an den Sonntagen abzulassen. Das nicht nur die Bewohner Dirschau's, sondern auch die Anwohner der ganzen Strecke Dirschau-Danzig an dieser Frage nebstlich interessiert sind, so sind wohl sicher noch weitere Vorstellungen in dieser Beziehung zu erwarten und wir wollen hoffen, daß die Direction sich dabei nicht allzu schwer auf den Standpunkt der Rentabilität stellen wird.

Christburg, 14. März. Der gelernt hier abgehaltene Vieh- und Pferdemarkt war von Kaufleuten sehr zahlreich besucht, auch waren verbülfmäßig viel Pferde und Vieh zum Verkauf aufgetrieben. Es war zwar bei guten Preisen der Handel mit Pferden flott, dagegen wurde Vieh bei matter Stimmung fast garnicht gehandelt.

Die Kreishierarchie stellte das Kreisamt Stuhm ist zur Besetzung wiederum ausgeschrieben worden, und zwar diesesmal mit dem Sitz in Christburg. Inzwischen hat sich hier der Thierarzt Herr Schulz aus Mewe niedergelassen. Von den in Schönwiese verwundeten und totgötrenden Knechten ist einer verstorben, der andere dagegen befindet sich in der Behandlung. Die gerichtliche Section der Leiche findet morgen statt.

Schlochan, 13. März. Der "Gefällige" erklärte, die ihm von hier gemeldete Nachricht, daß in Böblig fünf Schulkinder erfroren seien, für unrichtig.

König, 14. März. Gestern war Termin zur Vergebung der Baracadenbauten auf dem Artillerieschießplatz bei Hammerstein, wo 39 Submitten aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, sogar aus Straßburg im Elsass, Wiesbaden, Frankfurt a. M. u. s. w. erschienen waren. Die Anfangssumme belief sich auf über 1 Million Mark, die Gebote differierten zwischen

2 Prozent über bis 17½ Prozent unter dem Anschlag. (R. B.)

Der Amtsrichter Sperber in Osterode ist an das Amtsgericht in Schwerin, der Amtsrichter Jacoby in Neuenburg an das Amtsgericht in Osterode, der Amtsrichter Durchholz in Hammerstein an das Amtsgericht in Gladow versetzt. Die Gerichts-Ausschössen Albrecht und Deutschein sind als Rechtsanwälte bei dem Amtsgericht in Kuhmsee, der Gerichtsausschösser Ringe degleichen bei dem Amtsgericht in Bülow angelassen.

Thorn, 13. März. Vom Vorstande des biesigen deutsch-freisinnigen Wahlvereins einberufen, fand gestern Abend im Saale des Artushofes eine liberale Wahl- und Versammlung statt, zu der Herr Rechtsanwalt Wunder aus Berlin erschienen war und einen Vortrag über die gegenwärtige politische Lage überbrachte. Der geräumige Saal konnte die Erhöhten kaum fassen. Die Versammlung wurde von Herrn Stadtrath Schirmer durch eine kurze Ansprache eröffnet, in welcher er auf die traurige Lage unserer auf dem Grenzhandel angewiesenen Stadt hingewießt, die alle Zweige desselben sehr heruntergegangen sind. Er empfahl die Unterzeichnung einer Petition gegen das Braunitweinmonopol, die verlesen wurde. Darauf hielt Herr Rechtsanwalt Wunder seinen Vortrag, der die Zuhörer ca. eine Stunde in ungeteilter Auf-

merksamkeit fesselte. Die Angelegenheit des Braunitwein-Monopols, so äußerte der Redner, habe in den letzten Tagen eine bedeutungsvolle Wendung erfahren; es ist als tot zu betrachten, wenigstens für diese Saison. Die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers geht seit Jahren darauf aus, denen zu helfen, die deren Geholten werden müßte. Unser innere Politik ist aber auch deshalb verwerflich, weil jetzt ein Ausnahmegericht am andern folgt; wodurch Zivilecht in hohem Maße gefährdet wird. Des Monopols wegen werde der Kanzler den Reichstag nicht anstrengen, doch könne das geschehen, falls das Socialistengesetz abgelehnt werde. Dann sei es die Pflicht eines jeden freidenkenden Mannes, bei der Neuwahl seine Stimme für einen Mann abzugeben, der für die Freiheiten des Volkes eintritt. Die Versammlung dankte Herrn Mundel durch einen auf denselben ausgebrachten Hoch.

Frankenburg, 13. März. Dem Vernehmen der Erml. Btg. nach soll die Salbung und Weihe der neuen Bischofe Herren Dr. Biel und Dinder Sonntag, den 4. April, hier selbst stattfinden.

Landwirthschaftliches.

[Berliner Mastvieh-Ausstellung.] Am 5. und 6. Mai wird auf dem Central-Biehöf der Stadt Berlin die diesjährige Mastvieh-Ausstellung stattfinden, mit der, wie alljährlich, eine Ausstellung von Maschinen, Geräthen und Producten für die Landwirthschaft und das Schlachtergewerbe verbunden sein wird. Es soll in diesem Jahre auch der Versuch gemacht werden, im Anschluß an die Ausstellung einen Markt für Buchtböcke und Eber einzurichten, um den Büchtern Gelegenheit zu geben, neben ihren Mähren auch ihre Wartertiere in Bucht-Condition dem kauf- und schaulustigen Publikum vorzuführen. Besonderes Interesse erregen seit einigen Jahren die am zweiten Tage ausgeschlagte ausgestellten Masttiere, durch die auch der Laie Aufschluß erhält, weshalb die ihm am besten gemästet erscheinenden Thiere oft nicht prämiert sind. Die Ausstellung ist eine Mastvieh-, nicht eine Fleißvieh-Ausstellung. Zu viel Fett ist ein Fehler, der den Wert des Thieres beeinträchtigt. Möglichst fröhre Thiere mit stark entwickelten Fleischtheilen, mit feiner Faser und nur dem nöthigen Fett durchwachsen zu erzielen, ist die Kunst der Büchter und Mäster.

Vermischte Nachrichten.

* **Berlin, 14. März.** Im Wallnertheater beginnt Dienstag Ernesto Rossi ein Gastspiel, welches leider diesmal nur drei Abende umfaßt. Rossi tritt diesmal nur in einer Rolle auf. Es ist der Graf Thurani in Gustav's "Königslieutenant", den er deutsch giebt. * **Graf Theodore von J.**, der, zu stolz, von seinen Angehörigen Unterstützungen anzunehmen, die Mühe eines Dienstmanns trägt, kam am Mittwoch an später Nachstunde die Fächerstrafe entlang, als er ganz unverhofft vor dem Saale Nr. 63 ancheinend mit einem Todesläger einen so wuchtigen Hieb auf den Hinterkopf erhielt, daß er blutüberström wammenbrach und von einem Schausmann nach der Sanitätsstraße gebracht werden mußte. Er scheint das Opfer einer Verwechslung geworden zu sein, denn er giebt an, die Attentäter (es waren drei Männer, welche sofort nach Ausführung der That die Flucht ergreiften) nicht zu kennen. Er hatte eine bedeutende Schädlewunde erhalten und wurde in einer Drohle nach seiner Wohnung geschafft.

Bien, 13. März. Abte Franz Liszt ist heute Morgen aus Pest hier eingetroffen. Der greise Meister wird in Wien nur einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen und tritt am 15. d. feine Feuerprobe an. Lützschule an, wo ein großes Werk von ihm demnächst zur Aufführung gelangt. Von dort reist derselbe nach Paris und später nach London, wo er den ersten Auftritt seines Oratoriums "Christus" beobachten wird. Einer schriftlichen Einladung des russischen Thronfolgers, des Großfürsten Nikolaus, folgend, begibt sich Liszt von London aus direkt nach Petersburg, wo er ungefähr bis Mitte Juni zu weilen und während dieser Zeit sein neuestes Oratorium "Stanislans" zu vollenden gedenkt.

Bien, 13. März. Abte Franz Liszt ist heute

Morgen aus Pest hier eingetroffen. Der greise Meister wird in Wien nur einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen und tritt am 15. d. feine Feuerprobe an. Lützschule an, wo ein großes Werk von ihm demnächst zur Aufführung gelangt. Von dort reist derselbe nach Paris und später nach London, wo er den ersten Auftritt seines Oratoriums "Christus" beobachten wird. Einer schriftlichen Einladung des russischen Thronfolgers, des Großfürsten Nikolaus, folgend, begibt sich Liszt von London aus direkt nach Petersburg, wo er ungefähr bis Mitte Juni zu weilen und während dieser Zeit sein neuestes Oratorium "Stanislans" zu vollenden gedenkt.

Petersburg, 10. März. Grobes Aufsehen erregt der "S. B." aufzugehen in der bissigen Gesellschaft ein Svielverlust von einer Million Rubel, den ein Minister erlitten hat.

Das Eisenbahnglück bei Mentone.

Einem uns gütigst zur Verfügung gestellten Privatbriefe eines Augenzeugen der Katastrophe entnehmen wir folgendes:

Monte Carlo, den 10. März 1886. Ungesäßt um 4½ Uhr Nachmittags wurden die Besucher des Casino durch die erste Nachricht von einem entsetzlichen Eisenbahn-Unglück in Schreden gelebt und eilten nach dem an die Spieläle grenzenden Balkon, von welchem aus man eine bedeutende Fernsicht hat und den am Gefilde des mittelländischen Meeres sich hinziehenden Schienenstrang bis an das nahe Gebirge verfolgen kann. Kaum 3 Minuten von dem in unsern Türen liegenden Bahnhof Monte Carlo, in der Richtung nach Mentone, bot sich uns ein schrecklicher Anblick dar. Die beiden Personenjüge, derjenige welcher von Nizza kommend um 4½ Uhr unsern Bahnhof passirt, und derjenige, welcher auf der selben Zeit von Mentone abgeht, sollen sich platzmäßig auf der Station Roquebrune freuen. Angeblich durch die Schuld eines Bahnbeamten soll der von Mentone angelommene Zug von Roquebrune abgesetzt sein, um mit dem verspäteten Zug welcher von Nizza kam, in Monte Carlo zu kreuzen. Letzterer hatte aber bereits den Bahnhof Monte Carlo verlassen, und dadurch geschah es, daß beide Jüge, denen durch die vielen Tunnel jede Fernsicht abgeschnitten, in voller Fahrt auf einander rannen.

Siebzehn Personenwagen stürzten herab an den Meerestrand und wurden gänzlich zertrümmt. Bis jetzt ist es erst gelungen 19 unter den Trümmern begrabene Leichen hervorzubringen. Sämtliche Aerzte von Monte Carlo und Monaco sind beschäftigt, den Verletzten die erste Hilfe zu bringen. Sieben brachte man eine vornehme ältere Dame nach dem Hotel de Paris, welche beide Beine verloren hatte und nur immer läuft; sie wollte sterben. Der Jammer eines Knaben an der Leiche seines Vaters war herzerreißend.

Die Post- und Telegraphenbüros welche noch nach den Dienststunden geöffnet blieben sind überfüllt. Jeder will den Seinen Nachrichten geben, und manche Trauerbotschaft wird schon abgegangen sein. S.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Newyork, 15. März. (W. T.) Neueren Meldungen zufolge collidierte der "Oregon" mit einem Schooner, wurde gänzlich verlassen und sank bald darauf. Die an Bord der "Julia" befindlichen Passagiere und Mannschaften zählen über 800 Personen. Die "Julia" ist heute Nachmittag 4 Uhr in Newmark eingetroffen.

Berlin, 15. März. (Privattelegramm.) Die hente im Abordnetenhaus eingebaute Canalvorlage verlangt für den Dortmund-Ems-Canal 58%, für den Oder-Spree-Canal 12% Millionen Mark.

Verlosungen.

Pragianburg, 13. März. Ziehung der russischen Pragianburg, 13. März. 200 000 Rbl. Nr. 21 Ser. 13 530, 75 000 Rbl. Nr. 4 Ser. 17 218, 40 000 Rbl. Nr. 41 Ser. 11 042, 25 000 Rbl. Nr. 45 Ser. 14 111, 10 000 Rbl. Nr. 11 Ser. 458, Nr. 48 Ser. 18 048, Nr. 32 Ser. 4625, je 8000 Rbl. Nr. 22 Ser. 7871, Nr. 34 Ser. 4613, Nr. 34 Ser. 920, Nr. 45 Ser. 2999, Nr. 37 Ser. 2423, je 5000 Rbl. Nr. 11 Ser. 19 129, Nr. 19 Ser. 14 876, Nr. 27 Ser. 5605, Nr. 11 Ser. 4633, Nr. 10 Ser. 13 335, Nr. 14 Ser. 15 228, Nr. 29 Ser. 988, Nr. 45 Ser. 17 915, je 1000 Rbl. Nr. 45 Ser. 2260, Nr. 9 Ser. 13 08, Nr. 12 Ser. 2985, Nr. 12 Ser. 18 12, Nr. 1 Ser. 13 422, Nr. 15 Ser. 2957, Nr. 44 Ser.

3995, Nr. 27 Ser. 8846, Nr. 35 Ser. 586, Nr. 39 Ser. 779, Nr. 28 Ser. 7157, Nr. 12 Ser. 511, Nr. 46 Ser. 13 418, Nr. 48 Ser. 7324, Nr. 43 Ser. 1411, Nr. 13 Ser. 15 88, Nr. 1 Ser. 16 566, Nr. 14 Ser. 16 086, Nr. 19 Ser. 19 173, Nr. 2 Ser. 8394.

Börsen - Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 15. März.

	Cra. v. 13.	Cra. v. 13.
Weizen, gelb	April-Mai 156,50	4% raus. Anl. 80
Sept.-Okt.	167,20	166,00
Roggen	April-Mai 136,70	136,20
Sept.-Okt.	142,00	141,50
Petroleumpr.	200 %	23,80
März	23,80	23,80
Rübel	April-Mai 43,30	43,76
Sept.-Okt.	45,90	46,20
Spiritus	März 37,00	37,10
April-Mai	37,00	37,20
4% Consols	105,50	105,50
3½% westpr.	99,60	99,40
Pfandbr.	101,20	101,10
4% do.	96,90	96,80
Ung. 4% Gldr.	84,70	84,80
II.Orient-Anl	64,10	64,00
Neueste Russen	100,25	Danziger Stadtanleihe — .
		Fondsborse: fest.

Newyork, 13. März. Wechsel auf London — . Robert Weizen loco 0,96%. März. 0,96. April 0,96½%. Mai-Juni 0,97%. Mehl loco 3,30. Mais 0,48. Frakt 3 d. Zucker fair refuing Weizen-von 3,85.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 15. März
Weizen loco höher, $\frac{1}{2}$ Tonne von 1000 Kilogr.
feinglasig u. weiß 126—133 140—165 M. Br.
hellbunt 128—133 140—165 M. Br.
bunt 120—129 128—160 M. Br. 106—162 M. bez.
rot 120—130 135—165 M. Br.
ordinair 105—128 110—150 M. Br.
Regulierungspreis 126 128 bunt lieferbar 137 M.

Auf Lieferung 126 12

Statt besonderer Meldung.
Durch die Geburt eines frägen
Knaben wurden erfreut
Stadtgebiet, 14. März 1886.
P. Romptien
9676 und Frau, geb. Payne.

Heute Morgen 6½ Uhr wurde mein
liebe Frau Emma, geb. Buntrock,
von einem gesunden Knaben glücklich
entbunden. (9680)
Gebenfeld, den 13. März 1886.
H. Troeze.

Die Verlobung unserer Tochter
Martha mit dem Kaufmann
Herrn Rudolf Lüder beeindruckt
wir uns allen Bekannten er-
geben anzusehen.
Danzig, im März 1886.
Julius Storch u. Frau.

Gestern, Abends 8½ Uhr, entschließt
sich nach langen Leiden mein
dearer Gatte, unser innig geliebter
Vater, Groß- und Schwiegervater,
Schwager und Onkel, der Stadt-
Wundarzt (9684)

August Eduard Borgius
in seinem 82. Lebensjahr, was statt
besonderer Meldung tief betrübt an-
zeigen.
Die hinterbliebenen.

Gestern, Morgens kurz nach
6 Uhr, entschließt sacht unsere
liebe einzige Tochter
Martha Rosalie,
in ihrem fast vollendeten 21.
Lebensjahr. (9688)
Dieses zeigen statt besonderer
Meldung an, um stille Theil-
nahme bittend.
J. Janneck,
Kaiserlicher Marine-Bermeister,
und Frau.
Danzig, den 15. März 1886.

Heute Morgen 6½ Uhr entschließt
sich zu Schöneberg bei Berlin
nach langem Leiden mein geliebter
Mann, der Bau-Unternehmer
August Schön

in seinem noch nicht vollendeten
50. Lebensjahr.
Diese Trauernachricht allen Ver-
wandten und Bekannten von der
trauernden Witwe. (9711)

Bertha Schön, geb. Becker.
Malchin in Mecklenburg, den
13. März 1886.

Loose der Zoppoter Kinder-
Heilstätten-Lotterie a 1.
Loose Marienburger Pferde-
Lotterie a 1.
Loose d. Königsberger Pferde-
Lotterie a 1.
Loose der Casseler Pferde-
Lotterie a 1.
Loose der Marienburger Geld-
Lotterie (bei der General-
Agentur in Berlin bereits vergriffen)
a 1. 3. 50.
Loose der Ulmer Münsterbau-
Lotterie a 1. 3. 50. (9716)
Loose der Pomm. Provinzial-
Thierschau-Lott. a 1.
Loose der Wiesbadener Röth.
Kreuz-Lotterie a 1 bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Loose
zu den Geld-Lotterien von Marien-
burg und Illn. a 1. 3. 50.
zu den Verde-Lotterien von Marien-
burg, Königshaus und Kassel a 1.
zu Kinderheilstätte Zoppot a 1.
zu haben in der
Exped. d. Danz. Ztg.

**Schwedische
Heilgymnastik u.
Wassage**
von (9408)

Octawie Wästfelt,
Hundegasse 78.

Auction.
Sonnabend, d. 20. März er.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Auftrage des Herrn
G. Wagner hier auf dessen Maschinen-
hof Lastarie No. 34
ca. 218 Ctr. Kappeln-Eisen u.
ca. 19 Ctr. Ober-King-Eisen
(fein Korn-Eisen)
öffentlicht an den Meistbietenden per
Cassa verkaufen.

Strutz,
Gerichtsvollzieher,
9656 Danz., Breitgasse 8 I.

Musikalien-Leihinstitut
bei
F. A. Weber,
Buch-, Kunst- und
Musik-Handlung,
Langgasse Nr. 78.
Günstige Bedingungen.
Größtes Lager neuer Musikalien.

**Brennholz und
Steinkohlen**

nur bester Qualität, in allen Sorten
nach Maß und Gewicht
empfohlen zu billigsten Tagespreisen
ab Lager sowie franco Haus und Ab-
tragen. Schriftliche Bestellungen bei
Hrn. August Nünker, Langgasse 61,
an der Köste erbeten; sowie auf unsern
Lagerplätzen Thornstraße Weg. 2. Hof
von der Thornischen Brücke, Schleusen-
gasse 6/7 gegenüber dem Marien-
Krankenhaus und im Comtoir Kleine
Schwalengasse 4. (9189)

J. & H. Kamrath.
Bracks zu Festlichkeiten werken
stets verlichen Breit-
gasse Nr. 36 bei J. Baumann.

Größere Hypotheken-Darlehen
können wir bei schleuniger Meldung
jetzt unter den günstigsten Bedin-
gungen zu solidem Binsatz gewähren.
Die General-Agentur
Knoch & Co.-Danzig.

Der Sommerkursus in meinem
Vorbereitungszirkel, für die Septima
event. Sexta hoh. Lehranstalten, beg.
am 1. April u. bin ich zur Aufnahme
neuer Schüler jed. Alters tgl. bereit.

Helena Guttcke,
Heiligegeistgasse 3, I (Glockenthör).

Strohhüte
zum Waschen, Färben u.
Modernisiren,
Federne
zum Waschen u. Färben.
Neue Formen
zur gefälligen Ansicht.

Maria Wetzel,
Langgasse 4 I.

Gestern, Morgens kurz nach
6 Uhr, entschließt sacht unsere
liebe einzige Tochter
Martha Rosalie,
in ihrem fast vollendeten 21.
Lebensjahr. (9688)

Diese zeigen statt besonderer
Meldung an, um stille Theil-
nahme bittend.

J. Janneck,
Kaiserlicher Marine-Bermeister,
und Frau.

Danzig, den 15. März 1886.

Gebrüder v. Schenk,
Heidelberg.
General-Debit
A. G. Miller, Danz.

Prima Stearinferzen.
Kronen- und Tafelkerzen von
heute ab pro Zoll-Pfd. 70 Pf.
empfohlen (9726)

Carl Köhn,
Borst. Graben 45, Ecke Melzergasse.
Frisch geräucherten
Lachs, Spickeal,
geräucherte
Landschinken,
Wurst u. Speck,
Brab. Sardellen,
russ. Sardinen,
Auchovis,
Dillgurken
empfohlen

E. F. Sontowski,
Haustor 5 (9717)

HACKER-BRÄU
MÜNCHEN

Hackerbräu
in Gebinden und Flaschen bei
Robert Krüger, Hundegasse

Grude-Cokes
durch Productions-Abschlüsse billigste
Preise in nur anerkannt guten Qua-
litäten in Wagenladungen ab
Verband-Station der Schwellereien.

August Overweg,
Magdeburg. (5733)

Java-Coffee
grün, voll, feinschmeidend
gelb, schokoladig, hochfein . . . M. 8.10
blau, ebel, extrafein, fräsig . . . 10.
braun, schwarz und ebel . . . 10.45
incl. Zoll, Porto u. Emb. verbindet in "Pro-
Postcoll." a 9½ Pfd. per Nachn.

Wilhelm Otto Meyer, Bremen
Hof-Lieferant
Ballonweise erheblich billiger.

F. W. Puttkammer,

Zughandlung en gros & en detail,

beeht sich den

Eingang der modernsten Stoffe

für Paletots, Anzüge und Beinkleider

anzugeben. Das Lager bietet elegante wie praktische Stoffe bester Qualität in
großartigster Farben- und Muster-Auswahl
zu den billigsten Preisen.

Musterkarten franco.

Farbenechte moderne Überzieher- u. Zuguststoffe,
billige starke Fußstoffs für Student-Anzüge,
Fertige weiße Piquewesten, sämmtl. Westenstoffe,
Reisedecken, Pferdedecken, Kragen und Manschetten, Slippe,
elegante Schlafröcke von 16 Mark an
empfiehlt (9721)

Carl Rabe, Langgasse Nr. 52.

Danzig im März 1886.
Einem hochgeehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mein
im Jahre 1850 begründetes

**Möbel-, Spiegel- und
Polsterwaren-Magazin**

meinem Sohn Max mit sämtlichen Aktivis und Passivis übergeben
habe, welcher dasselbe unter der alten Firma fortführen wird.

Für das mir in diesen Jahren so reich geschenkte Vertrauen

bestens dankend, bitte ich dasselbe auch auf meinen Sohn gütigst über-

tragen zu wollen. (9732)

Hochachtungsvoll
C. Bergmann.

Beugnemend auf Obiges werde ich mich bemühen in jeder
Hinsicht den alten guten Ruf des Geschäfts aufrecht zu erhalten und
ein mich beeindruckendes Publikum in jeder Beziehung der Neuzeit ent-
sprechend zufrieden zu stellen.

Hochachtungsvoll
Max Bergmann,
in Firma C. Bergmann.

Dampfer-Expedition

von Neufahrwasser

nach Bilbao, Pasages, Santander, SS. „Leander“ gegen
Coruna, 18. März,
nach Carthagena, Valencia, Tarra- SS. „Hispania“ gegen
gona, Barcelona, Palma 16. März,
nach Valencia, Tarragona, SS. „Victoria“, Ende März,
nach Bilbao, Pasages, SS. „Kepler“, medio April,
Santander,

nach Neufahrwasser

SS. „Norge“

von Tarragona 14. März,
von Cette 18. „
von Marseille 20. „
von Livorno 23. „
von Messina 25. „
von Malaga 1. April,
von Cadiz 3. „

Güteranmeldungen erbitten (9563)

Aug. Wolff & Co.

M. A. Roggatz, Hof-Juwelier

Se. kaiserl. königl. Hoheit des Kronprinzen von Deutschland und Preußen,

Gr. Wollwebergasse 12

empfiehlt sein reichhaltiges, stets mit allen Neheiten versehenes Lager von
Juwelen, Gold-, Silber- und Alsenide-Waren

zu billigsten Concurrenzpreisen. (5012)

4½ Proc.

einschließlich ¼ Proc. Amortization. Baare Valuta. Anträge werden von
dem unterzeichneten General-Agenten entgegen genommen und schlemige
Regulierung zugesichert. Rückporto erbeten. (6039)

Wilh. Wehl, Danzig.

Möbel-Transporte

reiß. Umzüge am Ort und nach aus-

wärts werden prompt und billig
ausgeführt. (9707)

J. Steiniger, Borst. Graben 22.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Güteranmeldungen erbitten.

Ein Schüler findet eine gute Pension,

Beaufsichtigung bei den Schular-

beiten. Nachbildung. Borst. Grab. 62 I.

Ein junges anständiges Mädchen

welches gut sitzen kann, sucht

in einem Tapisserie-Geschäft Stellung,

an liebsten nach außerhalb, oder auch

als Verkäuferin in einem Kürz- und

Weißwarengeschäft.

Gef. Reflectanten unter 1971 in

der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Wilh. Wehl, Langgasse 63 I.

Recht erfah. Wirth u. Stubenm.

f. b. h. L. St. Prohl, Langgasse 63 I.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Wilh. Wehl, Langgasse 63 I.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Wilh. Wehl, Langgasse 63 I.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Wilh. Wehl, Langgasse 63 I.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Wilh. Wehl, Langgasse 63 I.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Wilh. Wehl, Langgasse 63 I.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Wilh. Wehl, Langgasse 63 I.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Wilh. Wehl, Langgasse 63 I.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Wilh. Wehl, Langgasse 63 I.

Güte Leistung zum Preis von 1. April

oder später J. Hardegen.

Beilage zu Nr. 15745 der Danziger Zeitung.

Montag, 15. März 1886.

Reichstag.

66. Sitzung vom 13. März.

Die zweite Beratung über den Gesetzentwurf des Abg. Lenzmann, betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungs- und Strafhaft, wird fortgesetzt.

Nach § 4 der Commissionsbeschlüsse ist die Staatsbeamte, die Reichsstaate verpflichtet, den Schadenertrag zu leisten. Beide Kassen haben den Rückgriff an den wirklich schuldigen.

Abg. Rintelen (Centr.) constatirt, daß gestern alle Mitglieder aller Parteien sich für die Commissionsbeschlüsse entschieden haben, bis auf einen einzigen Abgeordneten. Das Rechtsbewußtsein im Volle hat damit einen so klaren Ausdruck gefunden, daß der Bundesrat den einstimmigen Beschluß des Hauses, wie ich hoffe, anerkennen und sich ihm nicht widerlegen wird. (Bustimmen.)

§ 4 wird angenommen.

Nach § 5 hat der Berechtigte die gerichtliche Klage auf Schadenertrag, wenn er durch die zuvor angegangene oberste Polizeiverwaltungsbehörde abgeschlagen ist.

Abg. v. Reinbaben (Reichsp.) will die Entscheidung über die Entschädigung dem Reichskanzler übertragen.

Abg. Kaiser (Soc) beantragt, in § 5 einen Passus aufzunehmen, wonach der freigesprochene Verurtheilte von dem vorstehenden Richter über seine erworbene Berechtigung zu belehren ist.

Nachdem Abg. Reichensperger den § 5 in der Commissionsfassung befürwortet, wird er fast einstimmig angenommen, der Antrag Kaiser gegen die Stimmen der Socialdemokraten und der Volkspartei, der Antrag Reinbaben einstimmig abgelehnt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus die noch übrigen Bestimmungen des Entwurfs, sowie die mit ihm in Verbindung stehende Vorlage, betr. die Abänderung der Bestimmungen der Strafprozeßordnung über das Wiederaufnahmeverfahren, nach den Vorschlägen der Commission.

Es folgt die zweite Beratung des von Ausfeld eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes. (Petroleumfassazoll.) Die Commission hat dem Antrage nachstehende Fassung gegeben:

„Dem § 2 des Zolltarifgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung, betreffend die Redaktion des Zolltarifgesetzes vom 24. Mai 1885, sind folgende Absätze hinzuzufügen: Die Umschließung, deren Gewicht bei der Verzollung der Waare in das der letzteren selbst mit eingeschlossen ist, unterliegt, mag die Erhebung des Zolls für die Waare nach Bruttogewicht oder nach Nettogewicht vorgeschrieben sein, einer weiteren besonderen Verzollung nicht.“

– Ist die Umschließung derart, daß sie als fabrik- oder handelsübliche Verpackung nicht anzuerkennen ist, und ist zugleich der auf ihr rubhende Zoll höher als der auf der Waare selbst ruhende, so tritt, selbst wenn an sich eine Verzollung der Waare unter Buzug des Gewichts der Umschließung vorgeschrieben ist, Nitotgewiegung ein, und auf Grund des ermittelten Gewichtes sind die Umschließungen wie die Waare gesondert mit dem für jede derselben im Tarif vorgeschriebenen Zollsatz zu verzollen. – Werden Flüssigkeiten in zum Transport derselben eigens eingerichteten Land- oder Wasserfahrzeugen ohne anderweitige Umschließung eingeführt, so ist behufs der Verzollung dem unmittelbaren

Gewicht der Waare selbst ein der gewöhnlichen Verpackungsart entsprechender, vom Bundesrat festzustellender Gewichtszuschlag hinzuzufügen.“

Referent Struckmann (nat.-lib.): Die Commission hat die Definition der Regierung, daß das Petroleumfass als Böttcherwaare verzollt werden müsse, nicht für richtig anerkennen können. Die Bruttoverzollung geschieht, wo sie Platz greift, vom Ganzen, Waare und Umhüllung werden identifiziert, es ist in Folge dessen unmöglich, einen bereits verzollten Gegenstand nochmals zu verzollen. Dass die Verzollung der Petroleumfässer im Interesse des Böttchergewerbes geboten erscheine, kann die Commission nicht erkennen, denn von der jährlich aus Amerika bezogenen einen Million Fässer Petroleum wird kein Stück weniger eingehen, wenn ein besonderer Zoll erhoben wird, denn die Zahl reguliert sich durch den Bedarf an Petroleum. Im Gegenteil kann der Zoll eher die Händler veranlassen, die Fässer wieder zurückzuführen, um den Zoll herauszubekommen, was andererseits eine Überfüllung des amerikanischen Fassmarktes und somit einen Preisdruck auf die Fässer veranlassen würde. Aus diesen Gründen hat die Commission die vom Bundesrat erlassene Maßregel als mit dem bestehenden Gesetz nicht im Einklang stehend erachtet können, sie hat aber geglaubt, die Sache klarer hinstellen zu sollen, damit jeder Zweifel ausgeschlossen ist.

Staatssekretär v. Burchard: Was die letzte Neufassung betrifft, so möchte ich doch constatiren, daß, wenn es nothwendig wird, ein besonderes Gesetz zu erlassen, welches einen neuen Rechtszustand schaffen soll, so ist doch daraus sicherlich nicht zu folgern, daß die Auslegung, welche der Bundesrat dem Gesetze gegenüber hat, falsch ist und daß er die verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten hat. Die Zahl der jährlich eingehenden Petroleumfässer ist nicht 1 Mill., sondern 3 Mill. Stück, zweifellos eine ganz bedeutende Concurra. Die Maßregel soll bewirken, daß die Fässer im erhöhten Maße wieder zur Ausfuhr kommen und dieser Hauptzweck ist erreicht. Meiner Meinung nach ist es übrigens ganz unmöglich, diese Frage im Wege der Gesetzgebung zu regeln, sie muß den Ausführungsbestimmungen überlassen bleiben. Daher möchte ich Sie bitten, den Antrag Ihrer Commission abzulehnen, denn ich glaube daß, da der Bundesrat erst vor einer Zeit die Bestimmung eingeführt hat, er wohl schwerlich jetzt einen anderen Standpunkt einnehmen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Gerlich (Reichsp.) empfiehlt die Ablehnung des Commissionsantrages, da der Bundesrat nur von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht habe, das einheimische Böttcherhandwerk zu schützen. (Beifall rechts.)

Abg. Meyer-Jena (nat.-lib.): Die Nothwendigkeit eines neuen Gesetzes ist von der Mehrheit der Commission durchaus anerkannt worden; wir wollten dem Bundesrat die Möglichkeit geben, sich mit uns auf einem Boden zu vereinigen. Einen Zuschlagszoll kennt unser Tarif nicht, wenn also der Bundesrat für das Petroleum einschließlich des Fasses einen Zoll von 6 M. und dann für das Fass noch einen Zoll von 4 M. einführt, so wird dadurch geradezu ein neuer Zoll eingeführt auf Petroleumfässer, der bisher nicht erhoben wurde. Dazu ist der Bundesrat nach Lage der Verfassung und der Gesetze in keiner Weise berechtigt. Bei der Prüfung der Rechtsfrage in der Commission war

Herr Gerlich der Einzige, welcher den Standpunkt des Bundesrates vertrat. Der conservative Abg. Clemm stand auf unserer Seite (Hört! hört! links), auch das Centrum, welches sonst für den Schutz der nationalen Arbeit eintritt. Uebrigens möchte ich noch besonders darauf hinweisen, daß, wenn der Bundesratsbeschluß von anderen Staaten nachgeahmt würde, dies unter Umständen eine Schädigung unserer Industrie zur Folge haben könnte. Bekanntlich hat Deutschland einen sehr bedeutenden Bierexport. Wenn andere Staaten die Bierfässer in ähnlicher Weise behandeln, wie wir die Petroleumfässer, dann würde die deutsche Bierconcurrent im Auslande fast unmöglich gemacht. Ich bitte Sie, den Beschluß der Commission anzunehmen. (Beifall links.)

Abg. Brömel (frei.): Der Abg. Gerlich hat mit einer Befriedigung gegen unsere Wähler begonnen. Er sprach von den freisinnigen Wählern, die aus gewissen Blättern ihren Bedarf an politischer Urheilslosigkeit beziehen. Nun, daß der Abg. Gerlich hier im Hause einen Sitz hat, verdaßt er allein der Einsicht der freisinnigen Wähler. Er ist gewählt worden in einer Stichwahl, die dadurch allein zu seinen Gunsten entschieden wurde, daß die freisinnigen Wähler für ihn stimmten. (Burk.: „Das wäre ja keinc ein Beweis für ihre Urheilslosigkeit.“ Heiterkeit) Wenn der Bundesratsbeschluß bewirken sollte, daß künftig das Petroleum in amerikanischen Frachtschiffen eingeführt wird, so wäre das ihr unsere deutsche Seeschiffahrt ein harter Schlag. Ich bitte Sie, dem Commissionsvorschlag zuzustimmen. Der Commissionsantrag wird darauf gegen die Stimmen der Conservativen, der Reichspartei und des kleineren Theils des Centrums angenommen.

Es folgt die Beratung des Berichts der Commission über den Antrag Ausfeld u. Gen. wegen Zulassung des Rechtsweges in Zollstreitsachen.

Die Commission beantragt:

1. den Bundesrat zu ersuchen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die schlichte Entscheidung der in Zollsachen auftauchenden Rechtsfragen dem Rechtswege oder dem verwaltungsgerechtlichen Verfahren überweist;

2. den Antrag Ausfeld und Genossen durch Annahme der Resolution für erledigt zu erklären;

3. die Petition der Handelskammer zu Frankfurt a. M., die Errichtung eines Reichs-Tarifamtes für Zollsachen betreffend, durch die gesetzten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Die Abgg. Gerlich u. Gen. beantragen, am Stelle der Nr. 1 des Commissionsantrages zu beschließen: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, behufs einheitlicher und beschleunigter Entscheidung von Tarifstreitigkeiten die Errichtung eines Reichs-Zolltarif-Amtes in Erwägung zu ziehen.“

Referent Abg. Meyer-Halle (frei.): In der Commission seien drei Wege vorgeschlagen worden, man habe aber die Discussion darüber nicht zu Ende geführt, weil der Reichsschatzsecretär erklärt habe, daß der Bundesrat geneigt sein werde, diese Frage in Beratung zu nehmen. Nachdem so die Neigung des Bundesrats, auf die Frage einzugehen, constatirt war, glaubten die Antragsteller selbst auf die weitere Beratung des Antrags verzichten zu müssen. So sei die Commission dahin gelangt, sich auf eine Resolution zu beschließen.

Schatzsecretär v. Burchard: Ich habe mich durchaus gegen die Zulassung des Rechts- oder des ver-

waltungsgerechtlichen Weges in Zollstreitsachen, ausgesprochen. Ein Reichstarifamt würde also vielleicht zweckmäßig sein, so wie es die Handelskammern vorschlagen. Ueber die Stellung des Bundesrats zu dieser Frage kann ich mich noch nicht definitiv erklären.

Der Antrag Gerlich wird gegen die Stimmen der Deutschconservativen und eines Theils der Reichspartei abgelehnt; der Commissionsantrag wiederum gegen die beiden conservativen Fraktionen und einen Theil des Centrums angenommen.

Nächste Sitzung: Montag.

Abgeordnetenklausur.

40. Sitzung vom 18. März.

Die Beratung des Cultussetats wird fortgesetzt. Zu Kap. 121. Elementar-Unterrichtswesen, verwahrt Abg. v. Stablewski (Pole) den katolischen Clerus der Provinz Posen gegen die in einem Bescheide des Ministers auf die Bitte um Aufhebung einer Simultanschule enthaltene Beschuldigung, es werde prinzipiell der deutsche Unterricht mechanisch ertheilt. (Beifall im Centrum.)

Abg. Knörke (frei.) bringt das nach der „Pädagogischen Zeitung“ vom 11. Februar d. J. von Prof. v. Treitschke über die Volksschule und deren Lehrer, bezw. die seminaristische Bildung gefällte Urteil zur Sprache. Prof. v. Treitschke habe sich darin ausgesprochen, daß es wohl wünschenswert wäre, wenn, wie zur Zeit Friedrich Wilhelms I., die Volksschullehrerposten mit ausgedienten Corporalern besetzt würden; die Seminaristen müßten zu viel, um wirklich die Kinder unterrichten, und zu wenig, um als gebildet gelten zu können. Wenn ein akademischer Lehrer ein solches Urteil aussprechen könnte, so müsse man sagen, dann sei die ganze Entwicklung der Volksschule spurlos an ihm vorübergegangen. Auf alle Proteste und Anzüglichungen habe Prof. v. Treitschke ausweichend damit geantwortet, daß er für ein in seinem Hörsaal ausgesprochenes Urteil sich nicht veranlaßt fühle Rechenschaft abzulegen. Er müsse daher gegen ein derartiges Gebaren entschieden Protest einlegen und fühle sich veranlaßt, dem hocherenmerthen Stande der Volksschullehrer hierdurch zu bezeugen, wie hoch die erziehende Thätigkeit der Volksschule anerkannt werden müsse. (Beifall links.)

Abg. Lassen (Dän.) begründet den Antrag: 1. das Schullehrerseminar in Haderleben bis zum 1. April 1887 nach Tondern zurückzuerlegen und als dann das Seminar daselbst in seiner früheren Gestalt mit einer deutschen und einer dänischen Abtheilung wieder herzustellen; 2. anstatt des Seminars in Haderleben daselbst eine auf die weitere Fortbildung der Schuljugend berechnete Realschule mit dänischer Unterrichtssprache zu gründen und zu unterhalten.

Minister v. Götsler: Die Doppelanstalt in Tondern war etwas ungünstig für die Verwaltung, die Regierung entschloß sich daher zur Theilung und Verlegung der einen Hälfte mitten in das dänische Sprachgebiet hinein. Die Trennung hat sich gut bewährt. Was die Bemerkungen des Abg. Knörke betrifft, so muß ich mich, wie leicht erklärlich, jedes Urteils über die Neuordnung eines akademischen Lehrers enthalten, zumal ich nicht einmal weiß, was wörtlich gesagt worden ist. Meine Stellung zur Volksschule ist bekannt, ich liebe dieselbe mehr als irgend einen anderen Theil meines Kessorts. Die

Leistungen der Volkschule sind derartig, daß das Wirken der Volkschullehrer das höchste Lob verdient.

Abg. Schröder (cons.) tritt für den Anschauungsunterricht in den Volksschulen ein.

Abg. Mithoff (nat.-lib.) und Abg. Scheffer (cons.) erklären, daß der Abg. Knörke mit seinem Angriff auf Treitschke in unerhörter Weise die akademische Lehrfreiheit angegriffen habe.

Abg. Knörke vertheidigt sich dagegen, daß er die akademische Lehrfreiheit habe antasten wollen; er habe nur die parlamentarische Redefreiheit benutzt, um den Lehrerstand, der ebenso ehrenwerth sei, wie der Professorenstand, gegen einen unter dem Schutz der akademischen Lehrfreiheit erfolgten Angriff zu vertheidigen. Nebrigens sei es ihm gar nicht eingefallen, den Prof. Treitschke in der Weise anzugreifen, wie ihm die Voredner vorgeworfen. Ein so weitgehendes Interesse habe er in der That für diesen Herrn nicht.

Abg. Samula schildert ankündigend an seine Bemerkungen in der Polendebatte den Zustand der polnisch-deutschen Schulen in Oberschlesien als einen sehr traurigen, den er auf eine verkehrte Unterrichtsmethode zurückführt.

Abg. v. Ehnnern (nat.-lib.): Die Rede des Abg. Knörke habe einen Angriff auf die freie wissenschaftliche Forschung, die Lehr- und Lernfreiheit enthalten. Er (Kledner) stelle sich als persönlicher Freund des Prof. Treitschke veranlaßt, diesen Angriff zurückzuweisen. Da Abg. Knörke selbst zug egeben habe, daß er den authentischen Wortlaut der angeblichen Treitschke'schen Neuherierung nicht kenne, so müsse er seine Rede als einen der leichtfertigsten Angriffe auf eine bedeutende Persönlichkeit dieses Landes bezeichnen, die jemals vorgekommen seien. (Oh! links.)

Die Discussion wird geschlossen.

Personal bemerkt Abg. Knörke, daß er durch den Schluss der Debatte verhindert worden, dem Abg. von Ehnnern gebührend zu antworten. Aber schon allein der Widerspruch des Hrn. v. Ehnnern beweise ihm, wie Recht er mit seinen Aussführungen gehabt habe.

Der Antrag Passen wird an die Budgetcommission verwiesen und Tit. 1-22 des Kapitels bewilligt.

Die Zahl der Kreisschulinspektoren im Hauptamte soll um 20 vermehrt werden und künftig 220 betragen. Es hat sich, wie die Bemerkungen zum Stat ergeben, die engere Begrenzung einer Anzahl von Inspektionssbezirken zur erfolgreichen Führung der Geschäfte als notwendig herausgestellt. Die für die 20 neuen Stellen insgesamt erforderlichen 104840 M werden vom Staate gegen die Stimmen des Centrums bewilligt.

Bei Titel 28 „Behuhs Errichtung neuer Schulstellen“ 250 000 M und 28a „Urt Unterstützung unvermögender Gemeinden und Schulverbände bei Elementarschulbauten 650 000 M“ plädiert

Abg. Jacobs-Bentheim (cons.): Für eine höhere Dotirung dieser beiden Fonds, sowie für die Zuweisung von Unterstützungen aus dem Fonds des Titels 28a auch für den Fall, daß die Schule und die Lehrerwohnung sich nicht unter einem Dache befinden.

Minister v. Gosler hofft, daß in Zukunft der Fonds höher dotirt werden könne, und sagt die Verstärkung des an letzter Stelle geäußerten Wunsches zu.

Abg. v. Schorlemmer-Alst (cons.) tadelte die verkehrte Methode des Volksschulunterrichts auf dem Lande; es werde den einfachen Dorfgeschulindern eine solche Menge überflüssiger Kenntnisse in Geographie, Naturkunde, deutscher Grammatik und dergleichen beizubringen gelungen, daß man darüber das wirklich für diese Jugend und ihr späteres Fortkommen Nötige und Uarentehrliche völlig aus den Augen verliere.

Abg. Berger (Centr.) kommt auf die noch immer nicht berücksichtigte wiederholte Bitte der Katholiken in Stobolen (Ostpreußen) um Errichtung einer eigenen katholischen Schule daselbst zurück; Minister v. Gosler und Abg. Steinmann (cons.) bestreiten, daß die dortige Gemeinde wider ihren Willen zur Einrichtung einer solchen Schule gezwungen werden könne.

Es folgt Kapitel 122 Kunst und Wissenschaft 3 060 388 A"

Bei Tit. 1-6, Kunstmuseen in Berlin 836 120 M. fordert Abg. Biesenbach (Centr.) die Verstärkung der Fonds für die Kunstsplege resp. die Verwendung derselben vorzugsweise im Interesse der ausübenden Künstler statt im Interesse der Verwaltung. In den Kreisen der Maler sei ein schwerer Notstand eingetreten, zumal die Erzeugnisse der Staffelmalerie bei der heutigen veränderten Geschmackrichtung und infolge der Zollmaßregeln Nordamerikas jetzt sehr erschwerten Absätzen.

Minister v. Gosler erwiedert, daß er schon vor Jahresfrist diese Notlage anerkannt und die Hoffnung ausgesprochen habe, den heimischen Künstlern mit größeren Mitteln zu Hilfe kommen zu können, sobald die Verbesserung der Finanzlage es gestatte. Bissher sei dies nicht möglich gewesen. Der Fonds von 300 000 M sei leider zu klein, um allen berechtigten Wünschen zu entsprechen.

Bei Titel 7-11 „Nationalgalerie in Berlin“ 80 170 M dankt

Abg. v. Meyer-Arnswalde der Verwaltung für die Ausstellung bemalter Statuen, aus der er freilich die Überzeugung geschöpft habe, daß die Alten ihre Statuen nicht bemalt haben (Widerspruch), wenigstens nicht in ihrer klassischen Periode. Auch bezweifelt er, daß bei der Bemalung von Nuditäten die Keuschheit hätte gewahrt werden können; übrigens könne man ja an der berüchtigten Bacchantin von Kallide die prättische Probe machen (Große Heiterkeit), dann würde die Gruppe bald dahin kommen, wohin sie gehört, in die Ecke, wo sie Niemand sieht. Redner erneuert dann seine Bitte, daß die Bilder der vier Minister vom November 1848 in der Nationalgalerie eine Stätte finden möchten. Die Ausführung würde ich in der Weise vorschlagen, daß man von Sr. Majestät das im Schlosse hängende Bild „der große Kurfürst bei Fehrbellin“ erbäte — denn auf dem Schimmel, auf den Großen sich setze, um sich für seinen Herrn zu opfern, haben auch nacher viele brave Preußen, und insbesondere Mantouffel gesessen — und die vier Minister darum gruppieren; den alten Wrangel würde ich darüber aufhängen und dem Ganzen als Inschrift Wrangels Worte aufsetzen, mit denen er die Bürgermehr am 9. November 1848 auflöste: „Fest verduften Sie, verstehen Sie mir!“ (Sturmische Heiterkeit.)

Die Tit. 12-16 (königl. Bibliothek in Berlin) werden nach kurzen Debatten, an der sich die Abg. Schmidt (Stettin), Kropatschek und Lieber beteiligen, bewilligt.

Darauf wird die Beratung des Cultusetats auf Montag vertagt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 13. März. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco 158,00-162,00. Roggen loco fest, medlenburgischer loco 138-146, russischer loco fest, 105-110. — Hafer fest. Gerste ruhig. — Rüböl leblos, loco 48%. Spiritus geschäftslos, 7. März 26 1/2 Br., 7. April-Mai 26 1/2 Br., 7. Mai-Juni 26 1/2 Br., 7. August-September 29 Br. — Kaffee sehr fest. Umsatz 6000 Tullen. Ruhig. Middl. amerikanische Lieferung: Mai-Juni 45 1/2, Juni-Juli 55 1/2, August-Sept. 45 1/2, September-Oktober 5 d. Alles Verkaufspreise.

Bremen, 13. März. (Schlußbericht) Petroleum niedriger.

Standard white loco 6,70 bez. u. Br. Wien, 13. März. (Schluß-Course.) Österr. Papierrente 86,37%, 5% österr. Papierrente 101,90, österr. Silberrente 86,45, österr. Goldrente 115,10, 4% ungar. Goldrente 104,72%, 5% Papierrente 95,95, 1854er Loose 129,50, 1860er Loose 140,75, 1864er Loose 170,75, Creditloose 179,75, ungar. Prämienloose 121,50, Creditactien 303,00, Franzosen 256,75, Lombarden 126,50, Galizier 211,60, Lemberg-Gaenowitz-Jassy-Eisenbahn 234,50, Pardubitzer 164,25, Nordwestbahn 173,75, Elbtalbahn 167,75, Elisabethbahn 246,00, Kronprinz-Rudolfsbahn 192,75,

Nordbahn 238,50, Unionbank 73,00, Anglo-Austr. 117,80, Wiener Bankverein 111,75, ungar. Creditaktion 308,75, Deutsche Blätter 61,60, Londoner Wechsel 125,75, Pariser Wechsel 50,00, Amsterdamer Wechsel 104,45, Napoleon 9,99, Dulaten 5,91, Marknoten 61,60, Russische Banknoten 1,25%, Silbercoupons 100, Länderbank 116,25, Tramway 206,80, Tabaksactien 76,25.

Amsterdam, 13. März. Getreidemarkt. Weizen 7. Mai 214, Roggen 7. März 134, 7. Mai 137, 7. Oktober 142.

Antwerpen, 13. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen fest. Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste knapp.

Antwerpen, 13. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 17 bez. 17 1/2 Br., 7. April 16 1/2 Br., 7. Mai 16 1/2 Br., 7. Sept.-Dezbr. 17 1/2 bez. u. Br. Weichend.

Paris, 13. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)

Weizen ruhig, 7. März 21,80, 7. April 22,10, 7. Mai-Juni 22,60, 7. Juli-August 22,90. — Roggen ruhig, 7. März 13,80, 7. Juli-August 14,80. — Weizl ruhig, 7. März 47,80, 7. April 47,75, 7. Mai-Juni 48,50, 7. Juli-August 49,50. — Rüböl bebt, 7. März 55,75, 7. April 56,00, 7. Mai-August 57,50, 7. Sept.-Dezember 59,00. — Spiritus ruhig, 7. März 47,50, 7. April 48,00, 7. Mai-August 48,50, 7. Sept.-Dezbr. 48,00. — Wetter: Kalt.

Paris, 13. März. (Schlußcourse) 3% amortisbare Rente —, 2% Rente 81,70, 4 1/2% Anleihe 109,40, italienische 5% Rente 97,82 1/2, Österreich. Goldrente 93 1/2, ungar. 4% Goldrente 84 1/2, 5% Russen de 1877 101,35, Franzosen 515,00, Lombardische Eisenbahn-Actien 270,00, Lombardische Prioritäten —, Neue Türken 15,55 excl. Türkentalde 40, Credit mobilier —, Spanier neue 58 1/2, Banque ottomane 540,62, Credit foncier 1356, Ägypter 350,00, Suez-Actien 2182, Banque de Paris 650, Neue Banque des Comptes 465, Wechsel auf London 25,15%, 5% privil. türk. Obligationen 375,00, Tabaksactien —.

Paris, 14. März. Der Finanzminister hat die Binsen der Schatzbons um 1/2 % herabgesetzt.

London, 13. März. An der Küste angeboten 1 Weizenladung. — Wetter: Frost.

London, 13. März. Consols 101, 4% preußische Consols 104, 5% italienische Rente 97 1/2, Lombarden 10%, 5% Russen de 1871 98, 5% Russen de 1872 100%, 5% Russen de 1873 99%, Convert. Türken 15 1/2, 4% fund. Amerikaner 129%, Österreich. Silberrente 69, Österreich. Goldrente 92 1/2, 4% ungar. Goldrente 83 1/2, Neue Spanier 58 1/2, 4% unif. Ägypter 69 1/2, 3% garant. Ägypter 98%, Ottomanbank 11%, Suezactien 84%, Canada Pacific 67, 5% privilegierte Ägypter 94%, Silber 46%, Platzdiscont 1%. Aus der Bank flossen heute 8000 Pfds. Sterl.

Glasgow, 13. März. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 700 702 Tons gegen 588 799 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen 95 gegen 92 im vorigen Jahre.

Liverpool, 13. März. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Ruhig. Middl. amerikanische Lieferung: Mai-Juni 45 1/2, Juni-Juli 55 1/2, August-Sept. 45 1/2, September-Oktober 5 d. Alles Verkaufspreise.

Newyork, 13. März. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95 1/2, Wechsel auf London 4,87 1/2, Cable Transfers 4,89 1/2, Wechsel auf Paris 5,16%, 4% fund. Anleihe von 1877 127%, Erie-Bahn-Actien 27%, Newyorker Centralbahn-Actien 105 1/2, Chicago-North-Western Actien 108 1/2, Lake-Shore-Actien 85 1/2, Central-Pacific-Actien 42, Northern Pacific-Preferred-Actien 58, Louisville und Nashville-Actien 41%, Union-Pacific-Actien 49%, Chicago-Wilm. u. St. Paul-Actien 90 1/2, Reading u. Philadelphia-Actien —, Wabash-Preferred-Actien 20 1/2, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 65 1/2, Illinois Central-Actien 140%, Erie-Second-Bonds 89 1/2, Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9%, do. in New-Orleans 8 1/2, raff. Petroleum 70% Abel Test in

Newyork 7 1/2 Gd., do. in Philadelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum in Newyork 6 1/2, do. Pipe line Certificats — D. 78 C. — Mais (New) 48. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4,85. — Kaffee (Fair Rio) 8,65. — Schnaps (Wilcox) 6,60, do. Fairbanks 6,50, do. Rohe und Brothers 6,50. — Speck 6. — Getreidefracht 3.

Meteorologische Depesche vom 14. März.
8 Uhr Morgens.
Original-Telegramm der Danziger Zeitung.

Stationen.	Barometer auf 6 Gr. u. Meerspiegel, redimillim.	Wind.	Wetter.	Temperatur in Celsius- Grade, Bemerkung
Mullaghmore	771	NW	1	Schnee
Aberdeen	776	OSO	5	wolkiges
Christiania	776	ONO	2	bedeckt
Kopenhagen	776	still	—	Nebel
Stockholm	778	still	—	—
Helsingfors	778	still	—	—
Maparanda	778	still	—	—
Petersburg	778	WNW	1	wolkiges
Moskau	778	WNW	1	Nebel bedeckt
Cork, Queenstown	768	SO	4	wolkig
Brest	768	NO	3	bedeckt
Helder	770	O	2	bedeckt
Syt	772	SO	1	bedeckt
Hamburg	774	O	2	bedeckt
Swinemünde	774	ONO	2	wolkig
Beaufortwasser	775	still	—	Schnee
Memel	777	OSO	2	bedeckt
Paris	766	NNO	2	wolkiges
Münster	769	NO	3	wolkiges
Karlsruhe	766	NO	3	heiter
Wiesbaden	768	NO	1	wolkiges
München	764	SO	1	bedeckt
Chemnitz	770	NO	1	wolkiges
Berlin	772	ONO	2	wolkiges
Breslau	771	SO	2	halb bed.
Diez	772	SO	3	wolkiges
Nizza	769	still	—	—
Trier	769	still	—	bedeckt

1) Nebelig. 2) Rief.
Skala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Übersicht der Witterung.
Noch immer herrscht im größten Theile Europas hoher Luftdruck und niedrige Temperatur, um 8 Uhr Morgens verließ die Isotherme für Null Grad vom nördlichen Norwegen bis zur Bretagne und von da über Bordeaux ostwärts bis zur mittleren Donau; in Deutschland erreichte die negative Abweichung von der normalen vielenorts 10 Grad. Ein wenig zu warm ist es in Ostpreußen, wo schwache Schneefälle fortduern, ein barometrisches Minimum mit ergiebigem Regenfall zeigt sich an der französischen Mittelmeerküste.

Deutsche Seewarte.

Fremde.
Hotel de Berlin. v. Bielefeld a. Jablau, Quednau a. Gr. Liniewo, Hauptmann Monts aus Gr. Saalau, Rittergutsbesitzer. Siewert nebst Gemahlin a. Pr. Starzgard, Apothekenbesitzer. Mohs a. Königsberg, Inspector d. Colonia. Hausmarth a. Kazimirz, Saterisch, Wischim, Rothamel, Hoffmann, Schwarz a. Berlin, Gehrke aus Leipzig, Sprengler a. Wurzen, Schmidt a. Dresden, Hartmann a. Waltershausen, Ottow a. Stettin, Richter a. Halle, Heydebrandt a. Posen, Kaufleute.

Berantwortliche Redakteure: für den politischen Theil und gesell. Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und literarische Röhrer, — den lokalen und provinciellen Handels-, Marine-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseraten-Theil: A. W. Esemann, sämtlich in Danzig.

Wer irgend etwas annonciren will, erwartet alle Wühewaltung, Porto und Nebenkosten, wenn er sich vertrauensvoll wendet an die Annonsen-Expedition von Haasenstein & Vogler, Königsberg i. Pr., Kneiphöfische Langgasse 26. In Danzig vertreten durch Carl Feller jun., Johannisgasse 88.